

Berthold, Norbert; Fehn, Rainer

Working Paper

Aggressive Lohnpolitik, überschießende Kapitalintensität und steigende Arbeitslosigkeit: können Investivlöhne für Abhilfe sorgen?

Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, No. 28

Provided in Cooperation with:

Chair of Economic Order and Social Policy, Julius Maximilian University of Würzburg

Suggested Citation: Berthold, Norbert; Fehn, Rainer (1999) : Aggressive Lohnpolitik, überschießende Kapitalintensität und steigende Arbeitslosigkeit: können Investivlöhne für Abhilfe sorgen?, Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, No. 28, Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Würzburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/32473>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

**Aggressive Lohnpolitik,
überschießende Kapitalintensität
und steigende Arbeitslosigkeit:
Können Investivlöhne für Abhilfe
sorgen?**

**Norbert Berthold
Rainer Fehn**

Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge
des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre,
Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik
Prof. Dr. Norbert Berthold

Nr. 28

1999

Sanderring 2 • D-97070 Würzburg

**Aggressive Lohnpolitik, überschießende Kapitalintensität und
steigende Arbeitslosigkeit:
Können Investivlöhne für Abhilfe sorgen?**

Norbert Berthold

Rainer Fehn

Beitrag für den Sammelband zur Jahrestagung
des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik
24./25.3.1999 in Bayreuth unter dem Rahmenthema
Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Universität Würzburg
Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre,
Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik
Sanderring 2; D-97070 Würzburg
Tel.: 0931-312925; Fax: 0931-312774
e-mail:
norbert.berthold@mail.uni-wuerzburg.de
rainer.fehn@mail.uni-wuerzburg.de

A. Einleitende Bemerkungen

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sorgt zunehmend für Verwirrung. Während die Mehrzahl der Ökonomen darauf beharrt, daß die anhaltende Massenarbeitslosigkeit in erster Linie auf zu hohe Arbeitskosten zurückzuführen ist und damit angebotsseitige Ursachen hat, mehrten sich die Stimmen, welche eine Nachfrageschwäche auf dem Gütermarkt, also keynesianische Arbeitslosigkeit diagnostizieren. In Verbindung mit der „Kaufkrafttheorie des Lohns“, welche sich gegen alle empirische Evidenz hartnäckig am schillernden Markt ökonomischer Theorien behauptet, liefert diese wieder populärer werdende Vorstellung eine vermeintlich wissenschaftliche Rechtfertigung für Tarifabschlüsse, die bei nüchterner Betrachtungsweise den Verteilungsspielraum deutlich überschreiten. Damit leistet die Lohnpolitik aber nicht nur keinen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit, sie löst sogar zusätzliche Impulse in Richtung Arbeitsplatzabbau aus. Es stellt sich aber die Frage, warum die angebotsorientierten Ökonomen in der Diskussion über die anhaltende Beschäftigungsmisere scheinbar in die Defensive geraten sind, und wie sich die langfristige Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Übereinstimmung mit den wichtigen stilisierten Fakten des Arbeitsmarktes mikroökonomisch fundiert erklären läßt.

Die empirischen Fakten verhalten sich gegenüber den drei dominierenden Erklärungsansätzen für die in Kontinentaleuropa vorherrschende Beschäftigungsmisere nicht gerade wohlwollend. Klassische Arbeitslosigkeit in ihrer einfachen Form, also eine Kluft zwischen realen Lohnkosten und Grenzproduktivität der Arbeit bei Vollbeschäftigung, läßt sich zumindest unter der üblichen neoklassischen Annahme einer Cobb-Douglas Produktionsfunktion nur für den Zeitraum zwischen dem ersten Ölpreisschock 1973 und Anfang der 80er Jahre ohne weiteres ermitteln. Die „Lohnlücke“ ist seitdem weitgehend verschwunden.¹ Auch die seit Anfang der 80er Jahre nahezu durchgehend sinkende Lohnquote spricht gegen einen weiteren Anstieg der klassischen Komponente in der Arbeitslosigkeit, wenn man sich vor Augen hält, daß der auf klassische Probleme zurückzuführende Anstieg der Arbeitslosigkeit in den 70er Jahren mit einem deutlichen Anstieg der Lohnquote einherging.²

¹ Vgl. Caballero und Hammour (1997) und Bruno und Sachs (1985). Eine Ausnahme stellt die Untersuchung von Bentilola und Saint-Paul (1998) dar, welche GMM- an Stelle von OLS-Schätzern verwenden und für Deutschland während des größten Teils der 80er und in den 90er Jahren eine erhebliche Lohnlücke ermitteln.

² Vgl. Berthold, Fehn und Thode (1998).

Angebotsorientierte Ökonomen stellen daher seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre verstärkt darauf ab, daß weniger ein überhöhtes aggregiertes Lohnniveau als vielmehr eine zu geringe Lohndifferenzierung die hauptsächliche Ursache für die anhaltende Misere auf dem Arbeitsmarkt ist.³ Wachsende Arbeitslosigkeit in Europa und steigende Einkommensungleichheit in den USA wären demzufolge lediglich zwei Seiten ein- und derselben Medaille. Strukturveränderungen der Arbeitsnachfrage - vom industriellen Sektor hin zum Dienstleistungssektor und von den gering qualifizierten Arbeitnehmern hin zu den höher qualifizierten Arbeitnehmern - stoßen laut dieser auf den strukturellen Wandel abstellenden Theorie auf eine zu geringe Flexibilität der Lohnstrukturen in Europa. Zwar paßt dieser Erklärungsansatz gut zu der intensiv geführten Debatte über die Auswirkungen der Globalisierung in Volkswirtschaften mit großzügig ausgebauten Wohlfahrtsstaaten und auf zentraler Ebene geführten Tarifverhandlungen. Die Zahl der offenen Stellen ist aber im Gegensatz zu derjenigen der Arbeitslosen so gut wie nicht gestiegen. Außerdem hat sich die Arbeitslosigkeit auf allen Teilarbeitsmärkten erhöht, also zum Beispiel auch unter den höher qualifizierten Arbeitnehmern. Selbst der für die Stichhaltigkeit dieses Ansatzes zumindest erforderliche Anstieg des Quotienten der Arbeitslosenraten auf den unterschiedlichen Teilarbeitsmärkten, also etwa des Verhältnisses der Arbeitslosenraten unter den gering und den höher qualifizierten Arbeitnehmern, läßt sich häufig nicht feststellen. Von daher hinterläßt auch dieser Erklärungsansatz eine Reihe von Fragezeichen.⁴

Die seit längerem rückläufige Lohnquote wird dementsprechend auch von eher keynesianisch orientierten Ökonomen als Indiz dafür gewertet, daß eine anhaltende Nachfrageschwäche für die Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt seit Anfang der 80er Jahre verantwortlich ist.⁵ Diese These hat auf den ersten Blick durch die Entwicklung der Realzinsen und der Inflationsrate eine gewisse Plausibilität. Während die Realzinsen in Europa in den 80er und 90er Jahren deutlich über dem Niveau der 70er Jahre lagen, ist die Inflationsrate im europäischen Durchschnitt seit Anfang der 80er Jahre im Trend rückläufig. Dennoch schätzt die OECD, daß etwa in Deutschland allenfalls 15% der Arbeitslosigkeit als nachfragebedingt bezeichnet werden kann.⁶ Dies kann aber nicht überraschen, wenn man sich vor Augen hält, daß ebenfalls seit Anfang der 80er Jahre ein starkes Wachstum des Kapitalkoeffizienten sowie

³ Vgl. Krugman (1994), Jackman (1995) und Paqué (1994).

⁴ Vgl. Nickell und Bell (1995), Blanchard (1995) und Berthold und Fehn (1997).

⁵ Vgl. Modigliani u.a. (1998) und Blanchard (1999).

⁶ Vgl. OECD (1998, 173 f.).

der Kapitalintensität hierzulande zu beobachten ist. Beide Aspekte widerlegen aber die These, daß höhere reale Zinsen und eine vermeintlich daraus resultierenden Nachfrageschwäche wichtig für die Erklärung der Arbeitslosigkeit sind, weil hohe Realzinsen gegen den verstärkten Einsatz des Produktionsfaktors Kapital sprechen.⁷ Tatsächlich beklagen sich nicht zuletzt Arbeitnehmervertreter darüber, daß seit Anfang der 80er Jahre der Produktionsfaktor Kapital sich gegenüber dem Produktionsfaktor Arbeit insgesamt gesehen zunehmend besser stellt, was bei keynesianischen Problemen nicht der Fall sein dürfte. Diese Skepsis gegenüber keynesianischen Erklärungsversuchen wird darüber hinaus dadurch gestützt, daß die mit einer normalen Kapazitätsauslastung und einer stabilen Inflationsrate einhergehende Arbeitslosigkeit im Zeitablauf deutlich gestiegen ist.⁸

Ein in sich schlüssiger Erklärungsansatz muß also offensichtlich über diese drei mittlerweile „klassischen“ Erklärungsansätze der Arbeitslosigkeit hinausgehen. Es stellt sich die Frage, ob die sehr unterschiedlichen Entwicklungen nicht nur in der Arbeitslosigkeit, sondern auch in der Lohnquote, der Kapitalintensität und im Kapitalkoeffizienten in den USA und in Kontinentaleuropa nicht letztlich alle auf dieselbe Ursache zurückzuführen sind, nämlich einen massiven institutionellen Schock gegen Ende der 60er und in der ersten Hälfte der 70er Jahre. Ein solcher umfassender Erklärungsversuch, der auf das Zusammenspiel der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital bei unvollkommenen Märkten und nicht perfekt durchsetzbaren Verträgen abstellt, wird im ersten Teil dieses Aufsatzes skizziert. Verteilungskonflikte zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital sowie innerhalb der Arbeitnehmerschaft spielen zusammen mit den durch das Lohnsetzungsverhalten ausgelösten Faktorsubstitutionsprozessen in diesem ersten Teil die Schlüsselrollen. Daher wird im zweiten Teil der Frage nachgegangen, ob die wieder verstärkt erhobene Forderung, eine investive Lohnkomponente einzuführen, helfen kann, den Verteilungskonflikt zwischen Arbeit und Kapital sowie zwischen Insidern und Outsidern zu entschärfen und über beschäftigungsintensive Erweiterungsinvestitionen und Neueinstellungen zu mehr Beschäftigung zu gelangen.

⁷ Vgl. Caballero und Hammour (1997).

⁸ Vgl. Fehn (1997).

B. Die Ursachen der Beschäftigungsmisere

I. Das neoklassische Referenzmodell

Es hat sich mittlerweile gezeigt, daß eine empirisch stichhaltige Theorie, um den weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit in Kontinentaleuropa seit Anfang der 80er Jahre zu erklären, nur unter der Annahme möglich ist, daß sich die um das Trendwachstum der Arbeitsproduktivität bereinigte Arbeitsnachfrage seitdem zu Lasten des Produktionsfaktors Arbeit verlagert hat.⁹ Ausgangspunkt der Überlegungen sei eine einfache neoklassische Produktionsfunktion mit konstanten Skalenerträgen

$$y = f(k, al),$$

wobei y den Output bezeichnet und die Produktionsfunktion f von den Produktionsfaktoren Kapital k und Arbeit l abhängt. Der Parameter a ist ein Maß für den arbeitsvermehrenden, Harrod-neutralen technischen Fortschritt. Die übliche Marginalbedingung für die Arbeitsnachfrage bei unvollkommener Konkurrenz auf dem Güter- und dem Arbeitsmarkt lautet

$$a f_l(k, al) = (1 + \mu)w.$$

Je stärker der Keil μ von null verschieden ist, desto mehr weicht der im (Quasi-) Gleichgewicht gezahlte Reallohn w von der Grenzproduktivität der Arbeit ab. Während eine wachsende Monopolmacht der Unternehmungen auf den Gütermärkten μ ansteigen läßt und damit tendenziell die reale Entlohnung unter die Grenzproduktivität der Arbeit drückt, hat eine steigende Marktmacht der Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt das Gegenteil zur Folge, nämlich daß μ fällt und die Arbeitnehmer tendenziell über der Grenzproduktivität der Arbeit entlohnt werden. Die Arbeitnehmerseite nutzt in diesem Fall ihre Marktmacht dahingehend aus, daß sie die Unternehmungen zwingt, mehr Arbeitnehmer zu beschäftigen als es bei der gegebenen Reallohnhöhe für die Unternehmungen eigentlich optimal ist („featherbedding“).

Sieht man von dem Anstieg des realen Zinsniveaus aus den bereits in der Einleitung kurz erwähnten Gründen als wichtige Erklärungsursache für eine allgemeine Verschiebung der Arbeitsnachfrage zu Lasten des Produktionsfaktors Arbeit ab, dann kommen im Rahmen dieses einfachen Modellansatzes nur noch zwei weitere Ursachen in Betracht.¹⁰ Erstens könnte der

⁹ Vgl. Blanchard (1997) und (1998).

¹⁰ Eine über diesen Modellrahmen hinausgehende Erklärung basiert auf dem Zusammenspiel der institutionellen Rahmenbedingungen mit einem volatiler gewordenen wirtschaftlichen Umfeld. Ein volatileres wirtschaftliches Umfeld hat einen Rückgang der Arbeitsnachfrage zur Folge, wenn die Insider einen umfassenden Bestands-

Wert dieses Parameters μ gestiegen sein. Tatsächlich argumentiert Blanchard (1998) genau in diese Richtung, daß nämlich die Gewerkschaften in Kontinentaleuropa, also insbesondere in Deutschland und Frankreich, im Laufe der 80er Jahre schwächer geworden seien und die Unternehmungen daher vermehrt in der Lage gewesen seien, bei gegebenen realen Lohnkosten nicht benötigte Arbeitnehmer freizusetzen.

Diese Überlegung vermag jedoch aus mehreren Gründen nicht zu überzeugen. Zum einen gibt es ganz im Gegensatz zu Großbritannien kaum empirische Anhaltspunkte dafür, daß die Gewerkschaften in Deutschland und Frankreich tatsächlich derart ausgeprägt an Marktmacht verloren haben. Insbesondere gelang es den Gewerkschaften hierzulande, die in den angelsächsischen Ländern zu beobachtende starke Aufspreizung der Lohnstrukturen zu verhindern, was gegen einen deutlichen Machtverlust spricht. Zum anderen wird diese These weder durch die Entwicklung des Organisationsgrades der Gewerkschaften noch durch den Anteil der Arbeitnehmer gedeckt, für den kollektiv vereinbarte Lohnabschlüsse maßgeblich sind.¹¹ Darüber hinaus müßte als Folge eines solchen Abbaus überschüssiger Arbeitskräfte die Kapitalrendite steigen, so daß, wenn auch mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung, die Investitionstätigkeit und damit auch wiederum die allgemeine Arbeitsnachfrage zunehmen müßte. Eine nachlassende Gewerkschaftsmacht kann also immer nur sehr vorübergehend eine steigende Arbeitslosigkeit erklären, während davon langfristig aufgrund der Effizienzgewinne positive Impulse auf die Beschäftigung ausgehen. Hält man sich vor Augen, daß mittlerweile schon die 90er Jahre zu Ende gehen, dann wird klar, daß dieser langfristig positive Schub für die Beschäftigung längst zu beobachten sein müßte. Schließlich hängt der Wert μ aber auch noch positiv von der Monopolmacht der Unternehmungen auf dem Gütermarkt ab. Nicht zuletzt aufgrund der Globalisierung der Güter- und Kapitalmärkte und aufgrund der in zahlreichen Ländern verfolgten Deregulierungspolitik auf den Gütermärkten ist die Monopolmacht der Unternehmungen auf den Gütermärkten eher gesunken als gestiegen, so daß insgesamt ein vermeintlicher Anstieg des Parameters μ keine tragfähige Basis darstellt, um den zu beobachtenden Rückgang der Arbeitsnachfrage zu begründen.

schutz genießen und/oder wenn die Unternehmungen in einer Volkswirtschaft stark fremdkapitalfinanziert sind; vgl. Bertola und Ichino (1995) und Fehn (1998).

¹¹ Vgl. Berthold und Fehn (1996a) und (1997).

Schon eher kommt dafür zweitens arbeitssparender technischer Fortschritt in Frage.¹² Dies entspricht einer Zunahme der partiellen Produktionselastizität des Kapitals, welche dazu führt, daß für gegebene Werte k , l und a , also auch einer unveränderten, in Effizienzeinheiten gemessenen Arbeitsintensität al/k die Grenzproduktivität des Kapitals steigt bzw. diejenige der Arbeit fällt. Folglich sinkt die aus Sicht der Unternehmungen bei in Effizienzeinheiten gemessenen gegebenen realen Lohnkosten optimale Arbeitsmenge.¹³ Ein dadurch ausgelöster, allgemeiner Rückgang der Arbeitsnachfrage in Kontinentaleuropa würde auch gut zu den Ergebnissen passen, welche die intensive Diskussion über die Ursachen der veränderten qualifikatorischen Struktur der Arbeitsnachfrage in den USA hervorgebracht hat. Humankapitalintensivierender technischer Fortschritt wird bislang überwiegend gegenüber der Globalisierung als das für die USA empirisch gewichtigere Phänomen eingestuft.¹⁴ Es stellt sich allerdings schon die Frage, warum in Kontinentaleuropa seit längerem der realkapitalintensivierende technische Fortschritt deutlich höher ausfällt als in den USA, wo ein allgemeiner Rückgang der Arbeitsnachfrage gerade nicht zu beobachten ist. Im folgenden sollen genau diese sehr unterschiedlichen Entwicklungen endogen begründet werden.

II. Steigende Arbeitslosigkeit aufgrund politisch verursachter Quasirenten

1. Ökonomisch-intuitive Darstellung der Zusammenhänge

Die schon seit Anfang der 70er Jahre ganz unterschiedliche Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den USA und Kontinentaleuropa läßt sich endogen erklären, wenn man die langfristigen Auswirkungen von massiven institutionellen Veränderungen in einem dafür geeigneten Modellrahmen berücksichtigt.¹⁵ Der große Vorteil dieses Ansatzes ist insbesondere darin zu sehen, daß er die Vielzahl von Gründen, welche in diesem Zusammenhang immer wieder erwähnt werden, auf einen einfachen gemeinsamen Kern zurückführt, nämlich ex post opportunistisches Verhalten der Insider in einer Unternehmung, also vor allem der Arbeitnehmer, aber auch des Managements, zu Lasten der Kapitaleseite. Es besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß in Kontinentaleuropa in der zweiten Hälfte der 60er Jahre und in der ersten Hälfte

¹² Vgl. Alogoskoufis u.a. (1995) und Krugman (1994).

¹³ Vgl. Blanchard (1998).

¹⁴ Vgl. Cooper (1996).

¹⁵ Vgl. Caballero und Hammour (1998a) und (1997).

der 70er Jahre eine massive Veränderung der institutionellen Rahmenbedingungen stattfand, von welchen die Arbeitnehmer vermeintlich profitierten und welche zunächst einmal zu Lasten der Kapitaleseite gingen.¹⁶ Insbesondere wurden die Wohlfahrtsstaaten ausgebaut, also etwa die Arbeitslosenversicherung großzügiger ausgestaltet und der Kündigungsschutz verschärft, so daß die Marktmacht der Gewerkschaften stieg. Die Finanzierung der stark steigenden staatlichen Ausgaben erfolgte nicht zuletzt über einen deutlich wachsenden Keil aus Steuern und Abgaben. Das daraufhin zu beobachtende aggressivere Lohnsetzungsverhalten kann nur wenig überraschen und hat nur zum Teil mit den so oft zitierten Ölpreisschocks zu tun. Ab Mitte der 70er Jahre ist diese Entwicklung in den institutionellen Rahmenbedingungen in Kontinentaleuropa aber zum Erliegen gekommen. Seitdem hat sich weitgehend der Status quo gehalten. Weder wurde der Wohlfahrtsstaat in nennenswertem Umfang weiter ausgebaut oder der Arbeitsmarkt rigider, noch hat etwa die von 1982 bis 1998 in Deutschland regierende konservativ-liberale Regierung den Arbeitsmarkt entscheidend dereguliert.

Um die dennoch scheinbar unaufhaltsam weiter steigende Arbeitslosigkeit verstehen zu können, ist es hilfreich, sich zu vergegenwärtigen, daß die in entwickelten Volkswirtschaften nur rentablen, hochproduktiven Arbeitsplätze lediglich unter bestimmten Voraussetzungen entstehen. Zum einen müssen sie mit einem modernen Kapitalstock ausgestattet sein. Zum anderen muß der Arbeitnehmer über ausreichende allgemeine Fähigkeiten verfügen. Schließlich müssen zumeist erhebliche Investitionen in das betriebspezifische Humankapital des Arbeitnehmers getätigt werden. Für die beteiligten Vertragsparteien, also zunächst einmal die Unternehmungen und die Arbeitnehmer, ergibt sich dabei das Problem, daß eine einmal eingegangene Vertragsbeziehung nur unter Inkaufnahme erheblicher Verluste wieder rückgängig gemacht werden kann. Ein gewichtiger Teil der getätigten Investitionen wird spezifisch für diese spezielle Vertragsbeziehung und die daran beteiligten Parteien. Die Investitionen sind zum Teil irreversibel, und es entsteht die Problematik versunkener Kosten, so daß das eingesetzte Kapital eine fundamentale Transformation erfährt. Aus hochgradig flexiblem Finanzkapital wird in der jeweiligen Verwendung gebundenes Realkapital. Der spezifische Teil der Investitionen geht verloren, wenn diese spezielle vertragliche Beziehung wieder aufgehoben wird und die Vertragsparteien nicht mehr gemeinsam produzieren. So sind einmal getätigte Realkapitalinvestitionen nur unter Inkaufnahme erheblicher Verluste wieder rückgängig zu machen.

¹⁶ Vgl. Siebert (1997).

Ebenso entwerten sich das betriebsspezifische Humankapital sowie die Suchkosten der beiden Parteien vor Vertragsabschluß, wenn die Arbeitsbeziehung aufgelöst wird.¹⁷

Gerade in hochmodernen arbeitsteiligen Volkswirtschaften sind die in einer Unternehmung zusammenwirkenden Produktionsfaktoren nicht beliebig austauschbar, sondern es entsteht Wertschöpfung, die zu einem erheblichen Teil zunächst einmal verloren geht, wenn die derzeit beteiligten Produktionsfaktoren gegen andere ausgetauscht werden oder die Unternehmung ganz liquidiert wird. Mit anderen Worten liegt die totale Wertschöpfung in der Unternehmung zumeist über der Summe der einfachen Grenzproduktivitäten und der Wert des Produktionsfaktors ist in Kombination mit dem speziellen anderen Produktionsfaktor größer als außerhalb der Unternehmung. Das betreffende Residuum in der Wertschöpfung ist eine spezifische Quasirente, über deren Aufteilung sich die an der Unternehmung beteiligten Vertragsparteien einigen müssen. Dies bedeutet aber nichts anderes, als daß schon aufgrund dieser originär verursachten Spezifizitäten in der Produktion eine Auflösung der vertraglichen Beziehung mit Verlusten verbunden ist. Die in der nächstbesten Verwendung zu erzielende Entlohnung bzw. Rendite fällt also geringer aus. Somit wird es unmittelbar teurer, eine einmal eingegangene Produktionsbeziehung wieder aufzuheben. Es wird aber auch insbesondere für denjenigen Produktionsfaktor weniger attraktiv, sich überhaupt in ein derartiges Vertragsverhältnis zu begeben, der größere spezifische Investitionen im Rahmen des Vertragsverhältnisses tätigen muß, weil er sich mit der Gefahr der ex post Ausbeutung durch den Vertragspartner konfrontiert sieht, wenn ex ante keine bindenden Verträge geschlossen werden können.

Aufgrund des spezifischen Charakters der Investitionen unterscheiden sich die „terms of trade“ der Vertragsparteien ex ante und ex post erheblich. Für diejenige Vertragspartei, die grob gesprochen einen geringeren Umfang an spezifischen Investitionen getätigt hat, entsteht der Anreiz zu ex post opportunistischem Verhalten.¹⁸ Sie schraubt ihre Entlohnungsforderungen nach Aufnahme der gemeinsamen Produktion so hoch, daß der Vertragspartner mit den höheren spezifischen Investitionen gerade nicht aus der Vertragsbeziehung in die nächstbeste Verwendung aussteigt. In hochentwickelten Volkswirtschaften ist der derart unter Druck gesetzte Produktionsfaktor zumeist die Kapitaleseite. Zum einen ist das Realkapital selbst in der Regel nur unter Inkaufnahme erheblicher Verluste aus einer Unternehmung herauszuziehen. Zum anderen führen Liquiditätsbeschränkungen der Arbeitnehmerseite dazu, daß auch die in

¹⁷ Vgl. Caballero (1997).

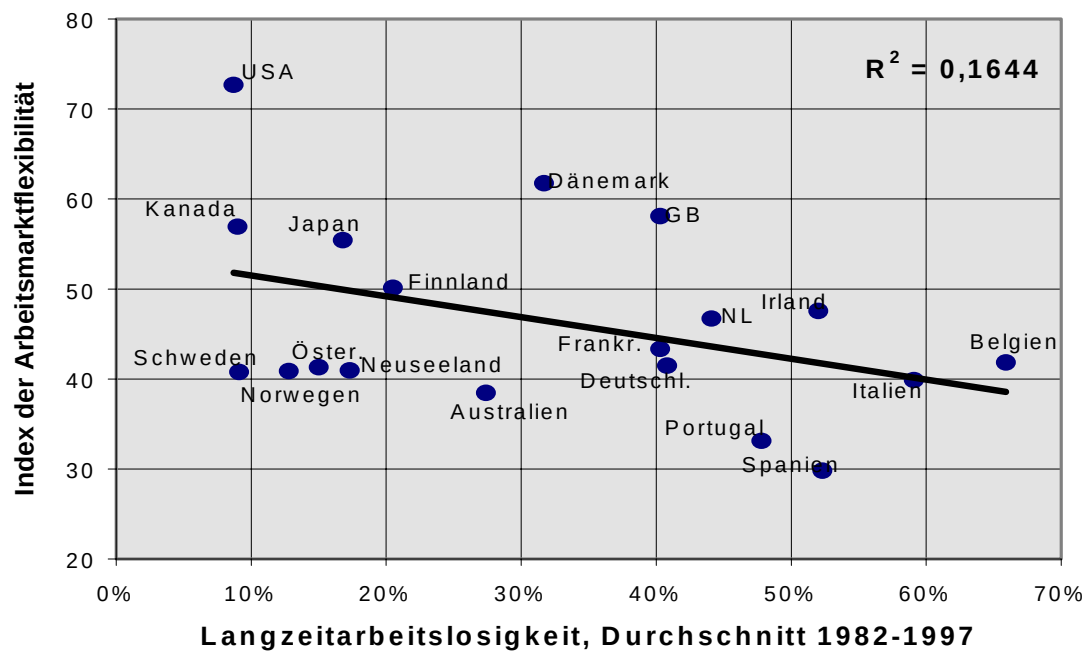
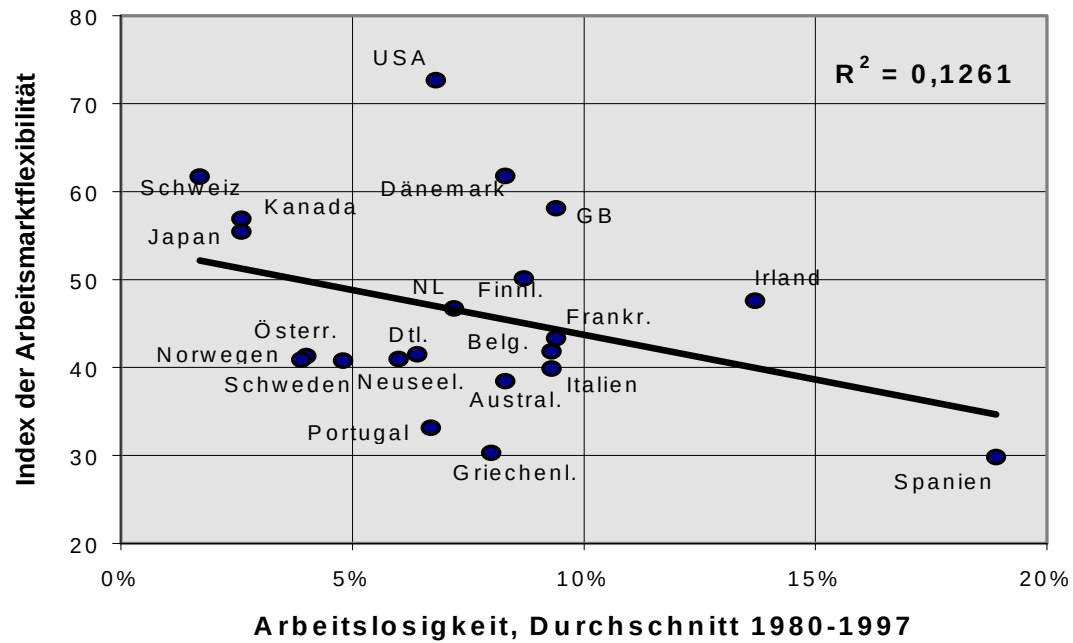
¹⁸ Vgl. Caballero und Hammour (1998a).

der Unternehmung getätigten Investitionen in das Humankapital der Arbeitnehmer überwiegend von den Unternehmungen finanziert werden.

Neben diesen originär verursachten Spezifitäten sprechen aber vor allem auch politische Eingriffe in die Vertragsgestaltung und in die Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt dafür, daß die Arbeitnehmerseite über erhebliches Machtpotential verfügt, die Kapitaleseite ex post auszubeuten. Zu nennen sind hier an erster Stelle restriktive Kündigungsschutzregelungen und teure Sozialplanpflichten. Die Problematik des umfangreichen Bestandsschutzes für die Arbeitnehmerseite wird noch verstärkt durch die Existenz einer großzügigen Arbeitslosenversicherung, welche die „exit“-Option für die Arbeitnehmerseite attraktiver macht, und durch die gesetzlichen Eingriffe zugunsten von kollektiven Lohnverhandlungen sowie durch die vertragliche Unabdingbarkeit des Streikrechts. Die Arbeitnehmerseite kann im Rahmen von kollektiven Lohnverhandlungen mit Streikrecht die Kapitaleseite ganz anders unter Druck setzen und rigidere Reallöhne durchsetzen, als es etwa im Rahmen von individuellen Lohnverhandlungen oder einem ex ante vertraglich abdingbarem Streikrecht möglich wäre. Abb. 1 zeigt auch dementsprechend, daß Arbeitsmarktflexibilität in Form von geringem Bestandsschutz für die Arbeitnehmer und Reallohnflexibilität länderübergreifend negativ mit der Arbeitslosenrate und vor allem auch mit der Langzeitarbeitslosenrate korreliert ist.¹⁹

¹⁹ Die Daten für die Arbeitsmarktflexibilität stammen aus DiTella und MacCulloch (1998), diejenigen für die Arbeitslosenraten aus Schröder und van Suntum (1998). Dieses Ergebnis wird allerdings bisweilen mit der Begründung bestritten, daß vor allem ein höherer Bestandsschutz für die Insider die Einstellungs- und Entlassungsrate senkt, so daß der Gesamteffekt nur auf die Langzeitarbeitslosenrate eindeutig positiv, derjenige auf die Arbeitslosenrate aber unklar sei. Dabei bleiben jedoch regelmäßig die lohnsteigernden Effekte eines großzügig ausgebauten Bestandsschutzes für die Insider unberücksichtigt; vgl. Cabrales und Hopenhayn (1997) und Bentilola und Bertola (1990).

Abb. 1: Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktflexibilität und Arbeitslosigkeit



Eigentlich naheliegende mikroökonomische Lösungen, wie etwa der Abschluß bindender Verträge ex ante, sind in der Realität zumeist nicht möglich oder gesetzlich nicht zulässig. So kann ein Arbeitnehmer nicht ex ante und auf Dauer glaubwürdig vertraglich gebunden werden, für einen, seinen ex ante „terms of trade“ entsprechenden Lohn mit vollem Einsatz zu arbeiten, oder auf sein Streikrecht oder die Möglichkeit der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu verzichten. Auch der im Rahmen der Effizienzlohnliteratur vorgeschlagene Weg, daß Arbeitnehmer eine Kautionszahlung bei der Anstellung an die Unternehmung zahlen, welche die ex post Ausbeutungsoffenheit der Unternehmungen mildern würde, scheitert in der Regel schon an Liquiditätsbeschränkungen der Arbeitnehmerseite, aber auch an dem damit verbundenen Betrugspotential für die Arbeitgeberseite.²⁰ Da Realkapital im Gegensatz zu Humankapital ex ante übertragbar ist, läßt es sich grundsätzlich leichter vertraglich vermeiden, daß sich der Produktionsfaktor Kapital ex post opportunistisch verhält.

Ist das beschriebene „property-rights“-Problem aber nicht mikroökonomisch lösbar, dann ergibt sich auf der makroökonomischen Ebene über den Marktprozeß eine hochgradig ineffiziente Lösung. Da stets der Markt für den ausbeutenden Faktor segmentiert ist, und dieser Faktor mit den geringeren spezifischen Investitionen rationiert wird, kommt es zu massiver unfreiwilliger Arbeitslosigkeit. Die Reaktion der Kapitaleseite ruft darüber hinaus längerfristig ein ineffizientes Faktoreinsatzverhältnis, nämlich eine übermäßig hohe Kapitalintensität sowie technologische Sklerose hervor. Die Gefahr der ex post Ausbeutung reduziert nicht nur die Investitionstätigkeit in neue Anlagen bzw. Unternehmungen, sondern gemessen am gesamtwirtschaftlichen Optimum scheiden auch pro Periode zu wenig alte und daher mittlerweile wenig produktive Unternehmungen aus dem Produktionsprozeß aus. Diese Ergebnisse sollen im folgenden kurz formal und graphisch abgeleitet werden.²¹

2. Das Modell spezifischer Nettoinvestitionen und opportunistischen Verhaltens

Ausgangspunkt sei zunächst eine kurzfristige Betrachtung. Es gibt ein Konsumgut, das als Numeraire benutzt wird und zwei Produktionstechniken sowie die beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Erstens können die Produktionsfaktoren gemeinsam produzieren. In diesem Fall unterliegen sie in der kurzen Frist einer limitationalen Produktionsfunktion g , so daß

²⁰ Vgl. Berthold und Fehn (1995).

²¹ Vgl. Caballero und Hammour (1998a) und Caballero (1997).

in jeder gemeinsamen Produktionsstätte x_i Einheiten des Produktionsfaktors i beschäftigt werden. Bezeichnet man die Gesamtzahl an solchen gemeinsamen Produktionsstätten mit E , dann ergibt sich für den Produktionsfaktor i über den Faktoreinsatzkoeffizienten x_i folgende Gesamtbeschäftigung in gemeinsamer Produktion:

$$E_i = x_i E, \text{ mit } i = l, k. \quad (1)$$

Außerdem können die beiden Faktoren auch unabhängig voneinander produzieren.²² Die beiden Autarkiesektoren unterliegen vollständigem Wettbewerb und abnehmenden Skalenerträgen. Bezeichnet U_i die Beschäftigung des Faktors i in Autarkie, dann entspricht seine Entlohnung seiner Grenzproduktivität g_i in Autarkie:

$$p_i = g_i(U_i). \quad (2)$$

Normiert man das Gesamtangebot der beiden Faktoren jeweils auf eins, dann gilt für den Ausgangszeitpunkt 0 folgende Identität:

$$x_i E^0 + U_i^0 = 1. \quad (3)$$

Ohne die zuvor beschriebenen Probleme von Spezifitäten und der Gefahr ex post opportunistischen Verhaltens ergeben sich bei gemeinschaftlicher Produktion gesamtwirtschaftlich effiziente Faktorpreise p_i^* . Berücksichtigt man jedoch diese Schwierigkeiten, dann folgt daraus, daß der Bruchteil ϕ_i eines jeden Produktionsfaktors bei Auflösung der gemeinsamen Produktionsbeziehung verloren geht. Somit können nur $(1-\phi_i)x_i$ Einheiten des Produktionsfaktors in den Autarkiezustand zurückkehren, während der Rest, also $\phi_i x_i$ unwiderruflich verloren ist. Der Einfachheit halber wird davon ausgegangen, daß es keine bindenden Verträge gibt, und daß die relative Verhandlungsmacht zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital ex post symmetrisch verteilt ist. Daraus folgt unmittelbar, daß die x_i Einheiten des Produktionsfaktors i , welche in einer neuen gemeinsamen Produktionseinheit eingesetzt werden, zum einen ihre ex post Opportunitätskosten und zum anderen die Hälfte der in der neuen Produktionsstätte entstehenden Quasirente s^n erhalten. Ihre Gesamtentlohnung $w_i^n x_i$ beträgt

$$w_i^n x_i = (1-\phi_i)x_i p_i + 0,5 s^n. \quad (4)$$

Die Höhe der Quasirente in einer neuen Produktionseinheit s^n ist wiederum definiert als die Differenz zwischen dem in der neuen Produktionseinheit erzielten Output y^n und den ex post

²² Für die wirtschaftspolitische Interpretation läßt sich Autarkieproduktion der Arbeit als Arbeitslosigkeit und des Kapitals als Kapitalabwanderung ins Ausland deuten.

Opportunitätskosten der beiden Produktionsfaktoren, also den Verdienstmöglichkeiten nach einem etwaigen Ausscheiden aus der gemeinsamen Produktion:

$$s^n \equiv y^n - (1 - \phi_l) p_l x_l - (1 - \phi_k) p_k x_k. \quad (5)$$

Jeder der beiden Produktionsfaktoren ist nur dann bereit, in die gemeinsame Produktionsbeziehung einzutreten, wenn die ex post an ihn fließenden Zahlungen $w_i^n x_i$ mindestens so hoch sind wie in der Autarkiesituation ex ante, wobei von Überraschungseffekten abstrahiert wird:

$$w_i^n x_i \geq p_i x_i. \quad (6)$$

Der Umfang der in der gemeinsamen Produktion getätigten spezifischen Nettoinvestitionen durch den Faktor i beträgt:

$$\Delta_i \equiv \phi_i p_i x_i - \phi_j p_j x_j, \quad i \neq j. \quad (7)$$

Δ_i ist ein Maß für die Ausbeutungsoffenheit des Faktors i durch den Faktor j und offensichtlich gilt $\Delta_i = -\Delta_j$. Der Umfang der spezifischen Nettoinvestitionen hängt also nicht nur von den jeweiligen versunkenen Kosten ab, die bei einer Auflösung der Produktionsbeziehung verloren sind, sondern auch von den Autarkiepreisen. Für $\Delta_i > 0$ eignet sich der Faktor j einen Teil des Beitrags von Faktor i zum gemeinsam erstellten Output ex post an. Damit ist der Faktor i nur dann bereit, eine neue gemeinsame Produktionsstätte zu gründen, wenn der dort gemeinsam erzielte Output mindestens die Summe der ex ante Opportunitätskosten zuzüglich seiner spezifischen Nettoinvestitionen abdeckt:

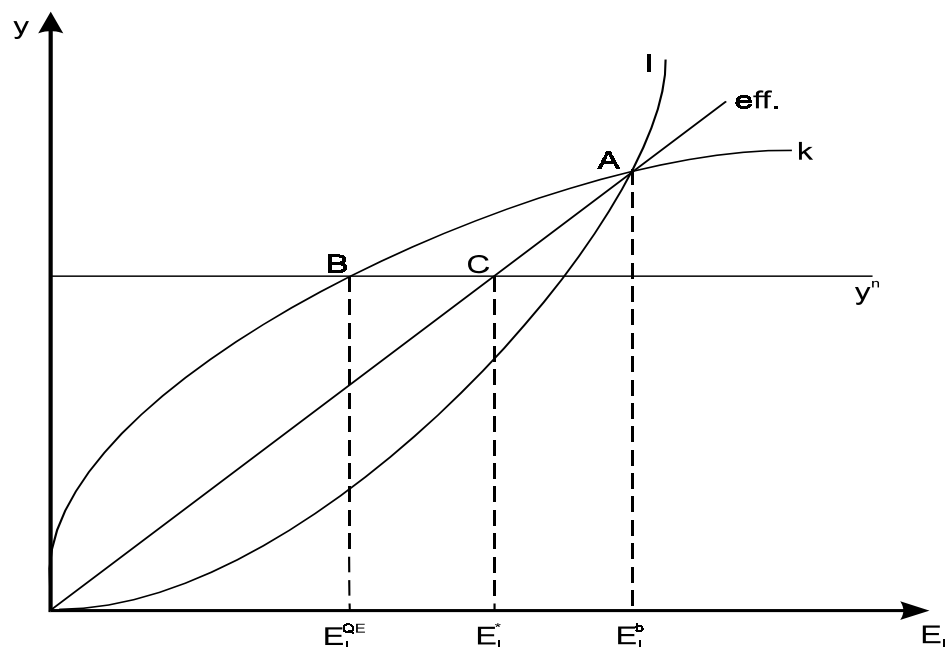
$$y^n \geq p_k x_k + p_l x_l + \Delta_i. \quad (8)$$

Ansonsten führen die höheren spezifischen Nettoinvestitionen des Produktionsfaktors i dazu, daß seine ex post Entlohnung geringer ausfällt als seine ex ante Verdienstmöglichkeiten in der Autarkie. Neue gemeinsame Produktionsstätten werden also nur dann geschaffen, wenn die gemeinsame Produktion im Vergleich zur Autarkieproduktion erheblich produktiver ist, weil für den Vertragspartner mit den höheren spezifischen Nettoinvestitionen die Verluste aus ex post opportunistischem Verhalten der anderen Vertragspartei über die hälftige Beteiligung an der spezifischen Quasirente mit abgedeckt werden müssen.

Das aus der Bedingung (8) resultierende gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht läßt sich folgendermaßen graphisch darstellen (Abb. 2). Die konstante linke Seite der Partizipationsbedingung für die beiden Produktionsfaktoren wird durch die waagrechte Linie y^n widergegeben. Die rechte Seite wird durch die Kurven für die Faktoren Kapital k bzw. Arbeit l abgebildet. Für die relative Lage der beiden Kurven ist zunächst einmal das relative Niveau an spezifi-

schen Nettoinvestitionen maßgeblich, das für jede gemeinsame Produktion getätigt werden muß. Aus den bereits erwähnten Gründen ist davon auszugehen, daß dieses Niveau für Kapital über demjenigen für Arbeit liegt. Für die Veränderung der spezifischen Nettoinvestitionen bei steigender Anzahl an gemeinsamen Produktionsstätten ist hingegen ausschlaggebend, für welchen Faktor die Autarkieentlohnung stärker auf Veränderungen der Beschäftigung in gemeinsamen Produktionsstätten reagiert. Mit einer wachsenden Beschäftigung von Arbeitnehmern E_l steigt auch linear die Anzahl an gemeinsamen Produktionsstätten E sowie der Kapitaleinsatz E_k in gemeinsamer Produktion. Da das gesamte Angebot beider Produktionsfaktoren gegeben ist, sinkt damit die jeweilige Autarkiebeschäftigung. Letzteres hat wiederum zur Folge, daß die Grenzproduktivität und damit die Entlohnung p_i in der Autarkie wächst. Kapital ist aber ohne Frage der elastischere Faktor, dessen Autarkieentlohnung auf Veränderungen der Angebotsmenge weniger reagiert. Geht man im Extremfall von einem vollkommenen globalen Kapitalmarkt aus, dann ist die erwartete Rendite für noch ungebundenes Kapital unabhängig von dem Niveau des Realkapitaleinsatzes in einem einzelnen Land gegeben. Folglich verläuft die Kurve für den Faktor Kapital flacher als diejenige für Arbeit, so daß sich beide Kurven bei einem ganz bestimmten Beschäftigungsniveau E_l^b schneiden.

Abb. 2: Unterbeschäftigung im gesamtwirtschaftlichen Quasigleichgewicht



Quelle: Caballero (1997, 45).

Dieses Beschäftigungsniveau ist insofern von Bedeutung, als hier die spezifischen Investitionen der beiden Produktionsfaktoren genau gleich groß sind, also keine spezifischen Nettoinvestitionen vorliegen. Eine Welt vollkommener Verträge zeichnet sich aber gerade dadurch aus, daß aufgrund der Existenz vollkommener Verträge generell die spezifischen Nettoinvestitionen null sind. Daher ist die Linie effizienter Punkte durch die rechte Seite der Bedingung (8), aber ohne den Term Δ_i gegeben. Folglich ist A der einzige Punkt, in dem beide Szenarien, die „first best“-Welt vollkommener Verträge und die realistischere Welt unvollkommener Verträge, zu dem gleichen Ergebnis führen. Liegt der Schnittpunkt A aber oberhalb der waagrechten Linie y^n , sind also die aus gemeinsamer Produktion zu erzielenden Produktivitätsgewinne nicht extrem hoch, dann kommt es zu Unterbeschäftigung beider Produktionsfaktoren und zur Rationierung des Produktionsfaktors Arbeit.

Da mit steigender Beschäftigung in gemeinsamer Produktion auch die damit verbundenen Opportunitätskosten wachsen, wird der Produktionsfaktor Kapital sich einer weiteren Ausdehnung der gemeinsamen Produktion über den Punkt B und das damit einhergehende quasi-gleichgewichtige Beschäftigungsniveau E_l^{QE} hinaus verweigern. Dies ist der Fall, weil für Kapital, welches für $E_l < E_l^b$ positive spezifische Nettoinvestitionen aufweist, aus der Ungleichung (8) mit steigender Beschäftigungshöhe als erstes eine Gleichung wird. Kapital müßte ansonsten damit rechnen, daß es aufgrund des mit Sicherheit zu erwartenden ex post opportunistischen Verhaltens der Arbeitnehmer letztlich schlechter entlohnt würde, als wenn es auf Autarkieproduktion gesetzt hätte. Das gesamtwirtschaftlich optimale Beschäftigungsniveau E_l^* liegt aber eindeutig über E_l^{QE} . Es ist durch den Schnittpunkt C der Linie effizienter Punkte mit der waagrechten y^n -Restriktion gegeben. Unabhängig davon, welcher der beiden Produktionsfaktoren aufgrund der Partizipationsrestriktion die Beschäftigung nach oben beschränkt, sind also auf jeden Fall relativ zum gesamtwirtschaftlichen Optimum beide Faktoren unterbeschäftigt.

Allerdings ist der Charakter der Unterbeschäftigung ein grundsätzlich anderer. Kapital erhält im Punkt B gerade seine ex ante Opportunitätskosten, so daß die in gemeinsamer Produktion eingesetzten Kapitaleinheiten nicht höher entlohnt werden als das in der Autarkie verbleibende Kapital. Hingegen erzielt der in gemeinsamer Produktion eingesetzte Teil des ausbeutenden Faktors Arbeit im Punkt B ex post eine höhere Entlohnung als in Autarkie, weil es ihm

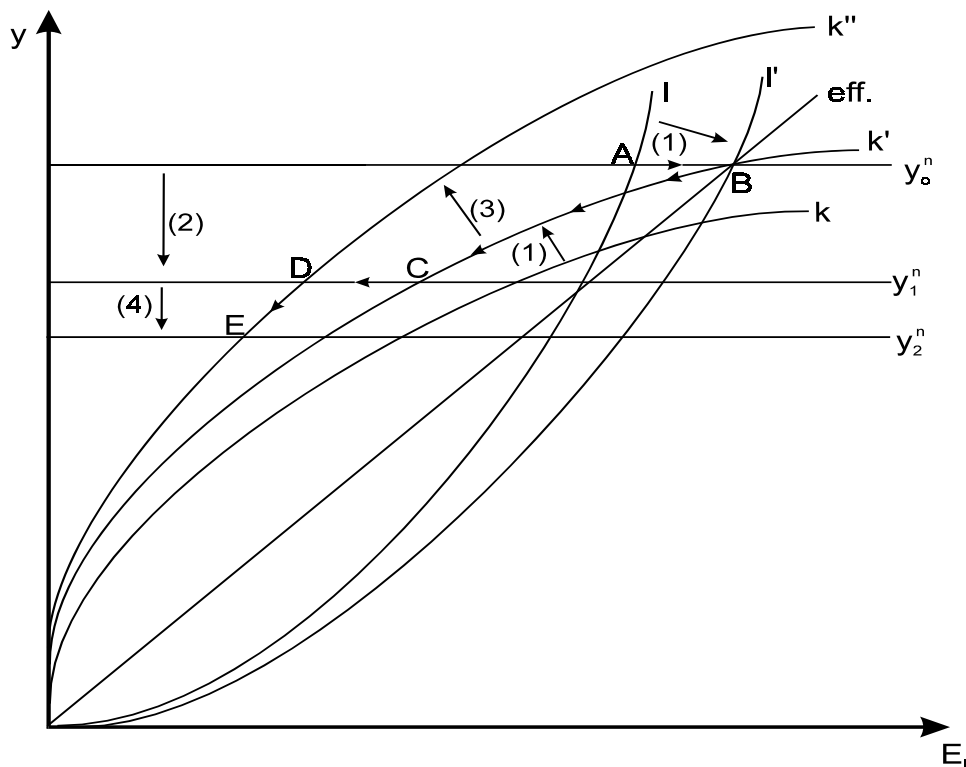
gelingt, sich die Differenz zwischen den ex ante und den ex post Opportunitätskosten des Kapitals anzueignen. Die nicht in gemeinsamer Produktion eingesetzten Outsider stellen sich also eindeutig schlechter als die Insider und sie wünschen eine Ausdehnung der gemeinsamen Produktionsstätten. Da Kapital dem aber nicht zustimmt, ist der Arbeitsmarkt unabhängig von Überraschungseffekten segmentiert. Arbeit wird also rationiert, und die Outsider sind unfreiwillig arbeitslos. Zusicherungen der Outsider, dauerhaft für einen geringeren Lohn zu arbeiten, sind nicht glaubwürdig. Ex post würden auch sie sich opportunistisch verhalten.

3. Wie läßt sich im Rahmen des Modells die steigende Arbeitslosigkeit begründen?

Aufbauend auf diesem Modell lassen sich nun in einfacher Form die zentralen Ursachen für den Anstieg der Arbeitslosigkeit in Kontinentaleuropa aufzeigen (Abb. 3). Die 50er und 60er Jahre waren hierzulande Zeiten rasanten Wirtschaftswachstums, in denen es für beide Produktionsfaktoren äußerst lohnenswert war, in gemeinsame Produktion einzutreten. Die waagrechte Linie y^n erreichte also während dieser Zeit ein hohes Niveau. Dies hatte allerdings bei zunächst gegebenen Kurven für Arbeit und Kapital zur Folge, daß Arbeit immer knapper wurde und letztendlich im Punkt A sogar Arbeitskräftemangel herrschte, weil y_0^n oberhalb des Schnittpunktes zwischen den Kurven k und l für Kapital und Arbeit lag. Der Arbeitskräftemangel bewirkte, daß die Machtposition der Arbeitnehmer im politischen Entscheidungsprozeß immer größer wurde. Es gelang der Arbeitnehmerseite vor allem in der zweiten Hälfte der 60er Jahre und in der ersten Hälfte der 70er Jahre, die politisch verursachten Spezifitäten, wie etwa den Kündigungsschutz oder die sozialstaatliche Absicherung, deutlich zu ihren Gunsten zu verändern. Es kam also in dieser Zeit zu einem Anstieg von ϕ_k und einem Rückgang von ϕ_l , also einer Verlagerung der Partizipationsbedingung für Kapital nach Nordwesten auf k' und derjenigen für Arbeit nach Südosten auf l' (Verschiebung 1). Dies kann durchaus als unter den damaligen Bedingungen gesamtwirtschaftlich effiziente Reaktion der politischen Entscheidungsträger auf die vorherrschenden Knappheitsrelationen interpretiert werden, weil bei den damals gegebenen hohen Wachstumsraten das insgesamt realisierbare Beschäftigungsvolumen in der Bewegung vom Punkt A zum Punkt B ansteigt.²³

²³ Aus Vereinfachungsgründen verlagern sich die Partizipationskurven für Arbeit und Kapital in Abb. 3 genau derart, daß in Punkt B keine spezifischen Nettoinvestitionen mehr vorliegen.

Abb. 3: Stilisierte Beschreibung des Anstiegs der Arbeitslosigkeit



Seit Anfang der 70er Jahre ist nun aber ein deutlicher Rückgang in den Wachstumsraten zu verzeichnen, was wiederum einer Verlagerung der waagrechten Linie y_0^n nach unten auf y_1^n entspricht (2). Das neue Rationierungsgleichgewicht liegt im Schnittpunkt C zwischen der neuen Linie y_1^n und der aufgrund der politischen Eingriffe nach Nordwesten verschobenen Partizipationskurve für Kapital. Das Zusammenspiel von höheren politisch verursachten spezifischen Nettoinvestitionen des Produktionsfaktors Kapital und von niedrigeren Wachstumsraten hatte zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte Massenarbeitslosigkeit zur Folge. Diese beiden Entwicklungen sind aber im Laufe der 70er Jahre zum Stillstand gekommen, so daß sich unmittelbar die Frage stellt, warum die Arbeitslosigkeit seitdem über die Konjunkturzyklen hinweg scheinbar unhäufiger weiter steigt. Dies ist primär darauf zurückzuführen, daß sich die Partizipationskurve für Kapital aus einer Reihe von Gründen seitdem immer weiter entgegen dem Uhrzeigersinn auf k'' gedreht hat (3), und somit selbst bei weitgehend unveränderten Wachstumsraten etwa Punkt D das nur noch realisierbare Beschäftigungsniveau widerspiegelt.

Erstens kann sich Kapital langfristig dadurch besser gegen ex post Ausbeutung durch die Insider schützen, daß es sich unabhängiger vom Produktionsfaktor Arbeit macht. Genau dies ist auch geschehen. Mittel- bis langfristig ist Arbeit sehr wohl durch Kapital ersetzbar, und die

Kapitalintensität der Produktion ist in Ländern wie Deutschland oder Frankreich weitaus stärker gestiegen als etwa in den USA und als es die Substitutionselastizität von einer Cobb-Douglas Produktionsfunktion erwarten lassen würde.²⁴ Zwischen 1970 und 1995 ist die Kapitalintensität in Deutschland um rund 67% gestiegen, während sie in den USA lediglich um rund 38% gestiegen ist.²⁵ Die stark steigende Kapitalintensität hierzulande sowie die seit Anfang der 80er Jahre im Gegensatz zu den USA deutlich rückläufige Lohnquote lassen sich also mit einer von dem ex post ausgebeuteten Faktor Kapital gesteuerten endogenen Anpassung in der Produktionstechnik an den politisch verursachten Anstieg ihrer spezifischen Nettoinvestitionen erklären. Der im Vergleich zum neoklassischen Standardmodell übermäßige Anstieg der Kapitalintensität und das damit verbundene Phänomen des „jobless growth“ stellen insofern die langfristigen Antworten der Kapitaleseite auf politische Eingriffe in die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes dar.

Zweitens ist die Drehung der Partizipationskurve für Kapital gegen den Uhrzeigersinn aber auch noch durch die seit den 80er Jahren deutlich zu beobachtende Globalisierung der Kapital- und Gütermärkte vorangetrieben worden. Globale Kapitalmärkte erweitern die „exit“-Optionen des Produktionsfaktors Kapital, so daß der ohnehin elastischere Faktor Kapital auf politisch induziertes Ausbeutungspotential der Insider noch stärker mit Verweigerung und Abwanderung reagiert, was weitere negative Beschäftigungseffekte zur Folge hat. Der seit längerem deutlich negative Saldo der Direktinvestitionen etwa in Deutschland ist ein wichtiger diesbezüglicher Indikator. Aber auch globale Gütermärkte wirken in diese Richtung, indem sie den Unternehmungen zusätzliches Potential erschließen, die Kapitalintensität zu erhöhen. Zum einen erweitern globale Gütermärkte die Möglichkeiten, sich in der Produktion zu spezialisieren und damit auch die Faktorsubstitution voranzutreiben. Zum anderen kommt es auch zu einem verstärkten Technologietransfer, der in die gleiche Richtung wirkt. Der Prozeß der Globalisierung steigert daher zwar grundsätzlich Wachstum und Wohlfahrt. In Ländern mit überregulierten Märkten besteht allerdings die Gefahr, daß die Arbeitnehmer davon nicht profitieren.

Gut in dieses Bild paßt auch drittens der in allen hochentwickelten Ländern zu konstatierende Wandel von der fordistischen Produktionstechnik hin zu einer mehr holistischen Produktion-

²⁴ Vgl. Caballero und Hammour (1997).

²⁵ Vgl. OECD (1996)

stechnik.²⁶ Es geht immer weniger darum, standardisierte Massengüter in möglichst großer Zahl so kostengünstig wie möglich herzustellen, sondern flexible, auf die speziellen Kundenwünsche abgestimmte und vielseitig einsetzbare Einzelfertigung gewinnt zusehends an Gewicht. In einem solchen Fertigungsumfeld steigt aber nicht nur ohnehin der Umfang an in der gemeinsamen Produktion entstehenden spezifischen Quasirenten, weil es immer weniger möglich ist, das komplexe Geflecht einer Unternehmung ohne Verluste in seine Einzelteile zu zerlegen. Darüber hinaus wandelt sich auch das Anforderungsprofil an die Mitarbeiter. Diese müssen immer mehr über umfassende Fähigkeiten verfügen und verschiedenste Aufgaben in einer Unternehmung wahrnehmen können. Damit wird unternehmensspezifisches Humankapital immer wichtiger, während standardisiertes und damit zwischen den Unternehmungen übertragbares Humankapital an Stellenwert verliert. Aufgrund von Vermögens- und Kreditrestriktionen der Arbeitnehmer müssen die Unternehmungen aber in der Regel die Bildung des unternehmensspezifischen Humankapitals vorfinanzieren, was erneut ihre Offenheit gegenüber ex post opportunistischem Verhalten der Insider steigert und die Kapitalseite noch stärker veranlaßt, möglichst kapitalintensiv zu produzieren und dadurch vom Produktionsfaktor Arbeit unabhängiger zu werden.

Die zuvor beschriebenen Effekte werden viertens durch die Existenz unvollkommener Kapitalmärkte verstärkt.²⁷ Bei externer Finanzierung von Unternehmungen tritt grundsätzlich das gleiche Problem auf, nämlich daß sich das Management ex post opportunistisch verhalten und zu Lasten der Kapitalgeber bereichern kann. Das Grundmodell läßt sich ohne weiteres um den Produktionsfaktor Unternehmensleitung erweitern, so daß sich Kapital doppelt schützen muß, nämlich gegen ex post opportunistisches Verhalten der Arbeitnehmer und der Unternehmensleitung. Die Delegation der Verfügungsrechte über das Vermögen der Unternehmung lassen einen erheblichen Teil des eingesetzten Kapitals management-spezifisch in dem Sinne werden, daß es seinen Wert verliert, wenn das Management sich aus der gemeinsamen Produktionsbeziehung zurückzieht. Darüber hinaus kann die mit fremdem Kapital operierende Unternehmensleitung den Wert dieses Kapitals durch zwar eigennutzsteigernde, aber nicht im Sinne der Kapitalgeber liegende „shirking“- bzw. „moral hazard“-Aktivitäten ex post unter das ex ante vertraglich vereinbarte Niveau senken. Um sich auch gegen diesen Kanal der ex post Ausbeutung zu schützen, wird sich der Produktionsfaktor Kapital noch stärker bei der Schaf-

²⁶ Vgl. Lindbeck und Snower (1995) und (1998).

²⁷ Vgl. Caballero und Hammour (1998b) und Fehn (1999).

fung gemeinsamer Produktionsstätten zurückhalten, was die Segmentation des Arbeitsmarktes weiter verstärkt.

Die daraus entstehenden negativen Beschäftigungseffekte sind um so größer, je schlechter der Markt für Unternehmenskontrolle funktioniert. Die Kapitalmärkte in Kontinentaleuropa und insbesondere in Deutschland werden aber nach wie vor analog zum Arbeitsmarkt von einem an den Interessen der Insider-Manager ausgerichteten System beherrscht. Insbesondere Überkreuzverflechtungen, Stimmrechtsbeschränkungen und Depotstimmrecht sind gewichtige institutionelle Hindernisse für die Entstehung eines echten Marktes für Unternehmenskontrolle.²⁸ Die diskretionären Handlungsspielräume des Managements sind aber auch deshalb hierzulande besonders groß, weil ein unterentwickelter und noch immer eher schlecht funktionierender Risikokapitalmarkt zusammen mit einer Vielzahl an gesetzlichen Eintrittsbarrieren das Entstehen und erfolgreiche Wachstum neuer Unternehmungen äußerst schwierig macht. Die nach wie vor im Vergleich zu den USA weitaus geringere Quote an erfolgreichen Unternehmensneugründungen legt davon beredt Zeugnis ab.²⁹ Je weniger aber etablierte Unternehmungen befürchten müssen, durch das Entstehen junger Unternehmungen unter Druck zu geraten, desto größer ist der diskretionäre Handlungsspielraum von Insidern auf der Arbeitnehmer- und der Managementebene, sich zu Lasten der Kapitaleseite ex post zu bereichern. Weitere negative Beschäftigungseffekte im Sinne einer Verlagerung der Partizipationskurve für Kapital nach Nordwesten sind die unauweichtliche Folge.

Die negativen Beschäftigungseffekte fallen aber auch deshalb gravierender aus, weil Volkswirtschaften, in denen die beschriebenen Probleme ex post opportunistischen Verhaltens virulent sind, sklerotisiert werden und daher langsamer wachsen.³⁰ y^n sinkt daher im Zeitablauf etwa auf y_2^n , und das längerfristig realisierbare Beschäftigungsvolumen liegt nur noch im Punkt E (4). Sklerose bedeutet, daß relativ zum gesamtwirtschaftlichen Optimum zu wenig neue gemeinsame Produktionsstätten ins Leben gerufen werden und gleichzeitig gemeinsame Produktionsstätten zu lange aufrecht erhalten werden. Es ist unmittelbar klar, daß der Produktionsfaktor mit positiven spezifischen Nettoinvestitionen, also in der Regel Kapital, sich im Vergleich zu einer „first best“-Welt mit vollkommenen Verträgen stärker zurückhalten wird, in gemeinsame Produktionsbeziehungen einzutreten. Je massiver das Problem ex post oppor-

²⁸ Vgl. Wenger und Kaserer (1998).

²⁹ Vgl. Krueger und Pischke (1997).

³⁰ Vgl. Caballero und Hammour (1997) und Gordon (1995).

tunistischen Verhaltens der Arbeitnehmerseite ist, desto höher fällt die Produktivitätsschwelle für Neugründungen aus und es finden dementsprechend weniger Neugründungen statt.

Etwas weniger offensichtlich ist die zweite Komponente der Sklerose. In einer „first best“-Volkswirtschaft scheidet eine alte Produktionsstätte immer dann aus, wenn ihr Output marginal unter dem einer neuen Produktionsstätte liegt:

$$\bar{y}_0^* = p_1^* x_1 + p_2^* x_2 \leq y^n. \quad (9)$$

Dies ist der Fall, weil bereits existierende gemeinsame Produktionsstätten in einer „first best“-Welt kostenlos durch neue gemeinsame Produktionsstätten mit dem Output y^n ersetzt werden können. In der beschriebenen „second best“-Welt scheidet hingegen eine alte Produktionsstätte erst aus dem Markt aus, wenn der gemeinsam erzielbare Output auf das Niveau der Verdienstmöglichkeiten nach Auflösung der Vertragsbeziehung gefallen ist:

$$\bar{y}_o = \lambda_k w_k^n x_k (1 - \phi_k) + (1 - \lambda_k) p_k x_k (1 - \phi_k) + \lambda_l w_l^n x_l (1 - \phi_l) + (1 - \lambda_l) p_l x_l (1 - \phi_l). \quad (10)$$

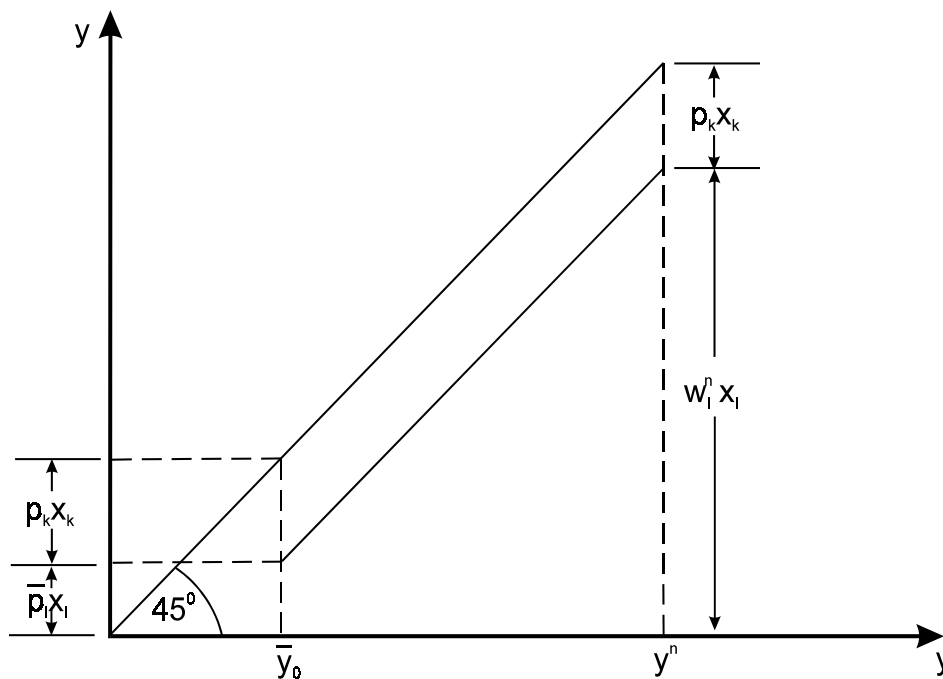
Dabei bezeichnet λ_i die Wahrscheinlichkeit, daß der Faktor i nach Auflösung der gemeinsamen Produktionsstätte wieder in einer solchen beschäftigt wird und nicht in Autarkieproduktion endet. Für den Fall homogener Arbeitnehmer entspricht $1 - \lambda_l$ also der Höhe der Arbeitslosenrate. Geht man weiterhin davon aus, daß der Faktor Kapital ex post durch den Faktor Arbeit ausgebeutet wird und $w_k^n = p_k$ gilt, dann ist der Faktor Kapital gerade indifferent zwischen gemeinsamer Produktion und Autarkieproduktion. Damit läßt sich Gleichung (10) folgendermaßen vereinfachen:

$$\bar{y}_o = p_k x_k (1 - \phi_k) + [p_l x_l + \lambda_l (w_l^n x_l - p_l x_l)] (1 - \phi_l). \quad (11)$$

Wegen $w_l^n x_l - p_l x_l = \Delta_k$ und $\lambda_l, \phi_l < 1$, ergibt sich somit, daß $\bar{y}_o < \bar{y}_o^* \leq y^n$. Die relative Produktivität alter Anlagen kann also in einer Welt mit spezifischen Nettoinvestitionen weiter fallen bis der Punkt erreicht ist, an dem sie aufgelöst werden. Alte Anlagen werden mit anderen Worten länger am Leben erhalten als es ansonsten der Fall wäre. Der ökonomische Grund ist letztlich darin zu sehen, daß die Segmentation des Arbeitsmarktes die erwarteten alternativen Verdienstmöglichkeiten für Arbeit und damit den Schattenlohn der Arbeit senkt. Folglich ist der Abwanderungsdruck durch die Insider auch bei älteren gemeinsamen Produktionsanlagen relativ gering. Die längere Nutzungsdauer des Kapitalstocks wirkt sich aber auch negativ auf die Produktivität der Arbeit und damit längerfristig auf die Realeinkommen der Insider aus. Längerfristig sinken also Reallöhne und Beschäftigung, so daß der eingangs konstatierte drastische Einbruch in der Lohnquote hierzulande nicht mehr überrascht.

Graphisch lässt sich die These der Sklerose folgendermaßen veranschaulichen (Abb. 4). An der Abszisse ist der Output gemeinsamer Produktionsstätten abgetragen, wobei diese nach abnehmendem Alter sortiert sind. An der Ordinate spiegelt sich wider, wie die Gesamteinkünfte auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital verteilt werden. Unter der weiterhin gültigen Annahme, daß Kapital positive spezifische Nettoinvestitionen aufweist, erzielt Kapital unabhängig vom Alter der Produktionsstätte immer den Autarkielohn $p_k x_k$. Die Entlohnung der Arbeitnehmer hängt hingegen genauso wie die erwirtschaftete spezifische Quasirente negativ vom Alter der Produktionsstätte ab. Die gemeinsame Produktionsstätte wird genau dann aufgelöst, wenn die Entlohnung der Arbeitnehmer auf $\bar{p}_l x_l = [p_l x_l + \lambda_l (w_l^n x_l - p_l x_l)](1 - \phi_l)$ gefallen ist.

Abb. 4: Sklerose im Modell opportunistischen Verhaltens



Obwohl es auf den ersten Blick paradox erscheinen mag, lassen sich Wohlfahrt und Beschäftigung in einer solchen Volkswirtschaft aber dennoch steigern, indem die Schwelle angehoben wird, an der gemeinsame Produktionsstätten zerstört werden. Dies liegt ganz einfach daran, daß die Rate der schöpferischen Zerstörung nur relativ zu einer „first best“-Situation zu hoch ist. In der „second best“-Welt mit spezifischen Nettoinvestitionen ist aber die Rate der Neu-

gründungen viel geringer und die sozialen Opportunitätskosten für gemeinsame Produktionsstätten betragen dementsprechend nur

$$\bar{y}_o^{**} = p_k x_k + p_l x_l < \bar{y}_o^* . \quad (12)$$

Volkswirtschaften, die das Problem ex post opportunistischen Verhaltens nicht in den Griff bekommen oder gar noch politisch fördern, werden also nicht nur sklerotisiert, sondern sie zerstören aus Wohlfahrts- und Beschäftigungssicht alte Anlagen darüber hinaus zu einem zu frühen Zeitpunkt. Dieses vielleicht überraschende Ergebnis kommt dadurch zustande, daß das erste Ergebnis auf einem Vergleich der Gleichgewichte in einer „first best“- und in einer „second best“-Welt beruht, während das zweite Ergebnis einen Vergleich der sozialen und privaten Opportunitätskosten gemeinsamer Produktionsanlagen in einem ineffizienten Quasigleichgewicht widerspiegelt. In einer Welt mit einer niedrigen Rate an Neugründungen ist es also wenig hilfreich, den Prozeß der schöpferischen Zerstörung voranzutreiben, so lange die freigesetzten Produktionsfaktoren nur zu einem geringen Teil von neugeschaffenen Produktionsstätten aufgesogen werden, sondern vielmehr zu einem erheblichen Prozentsatz in der Autarkie bzw. Arbeitslosigkeit enden. Eine solche Politik, wie sie sicherlich zum Teil in Schweden verfolgt wurde, verstärkt vielmehr die Konzentrationstendenzen auf den Gütermärkten und wirkt sich daher längerfristig doppelt negativ auf die Höhe der quasigleichgewichtigen Beschäftigung aus.³¹

C. Helfen Investivlöhne, Arbeitslosigkeit aufgrund politisch verursachter Quasirenten abzubauen?

Akzeptiert man diese Ursachenanalyse als relevant für die Beschäftigungsmisere in Kontinentaleuropa, dann stellt sich unmittelbar die Frage nach den daraus zu ziehenden wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen.³² Strikt im Rahmen des Modells läßt sich zeigen, daß sich das gesamtwirtschaftlich effiziente Beschäftigungsniveau durch eine geeignete Kombination von Subventionen für Unternehmensgründungen bzw. Neueinstellungen und für bereits bestehende Beschäftigung erreicht werden kann.³³ Nur die simultane Implementierung beider Subventionsformen kann die negativen Beschäftigungseffekte der spezifischen Nettoinvestitionen

³¹ Vgl. Caballero und Hammour (1998a).

³² Eine empirische Überprüfung der dargestellten Zusammenhänge liefern Caballero und Hammour (1997).

³³ Vgl. Caballero und Hammour (1998a).

durch die Kapitalseite beseitigen. Es bedarf allerdings keiner größeren politökonomischen Klimmzüge, um zu erkennen, daß dies eine wenig sinnvolle Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist. Der Staat würde sich zweifellos im entstehenden Subventionsdickicht verheddern. Negative Rückkoppelungseffekte auf das Lohnverhandlungsverhalten der Insider wären nahezu unvermeidlich. Das Ende vom Lied wäre eine Spirale aus wachsenden Subventionen, Staatsquote und Löhnen mit längerfristig negativen Beschäftigungseffekten. Weiterhin ist zu bedenken, daß insbesondere der umfangreiche gesetzliche Bestandsschutz für Insider schon jetzt eine massive Form der Erhaltungssubvention darstellt, so daß es in erster Linie darum gehen muß, die Anreize für die Schaffung von neuen Unternehmungen bzw. Neueinstellungen zu erhöhen, und nicht bestehende Strukturen noch stärker als ohnehin schon künstlich am Leben zu erhalten.

Allerdings mahnt der vorliegende Modellrahmen auch zur Vorsicht gegenüber allzu simplen diesbezüglichen Empfehlungen, wie etwa keynesianisch inspirierten Forderungen nach Zinssenkungen zur Ankurbelung von Investitionen und Beschäftigung. Sofern die Geldpolitik überhaupt in der Lage ist, die langfristigen Realzinsen zu senken, weist das skizzierte Modell darauf hin, daß daraus nicht nur positive Beschäftigungswirkungen resultieren.³⁴ Den insgesamt zwar günstigeren Investitionsbedingungen bei niedrigeren Realzinsen steht der negative Beschäftigungseffekt gegenüber, der sich aus dem dann noch größeren Anreiz ergibt, Arbeit durch Kapital zu ersetzen. Gerade die seit Anfang der 80er Jahre hierzulande im Trend deutlich rückläufige Lohnquote deutet aber darauf hin, daß die Substitutionselastizität zwischen Arbeit und Kapital langfristig größer als eins ist, so daß diesem zweiten negativen Impuls niedrigerer Realzinsen bei unveränderter Lohnhöhe für die Beschäftigung erhebliches Gewicht beizumessen ist.

Es gilt also nach anderen Wegen Ausschau zu halten, die Beschäftigung zu steigern. Verteilungskonflikte zwischen Arbeit und Kapital sowie innerhalb der Arbeitnehmerschaft zwischen Insidern und Outsidern stellen den Kern der Beschäftigungsmisere dar. Es stellt sich daher die Frage, ob es möglich ist, diese Verteilungskonflikte so zu entschärfen, daß sich dabei alle drei beteiligten Parteien besser stellen. Die Änderung des derzeit vorherrschenden Fixlohnsystems zugunsten eines diskriminierenden Investivlohnsystems ist eine Idee, welche genau in diese

³⁴ Kurzfristig kann eine expansive Geldpolitik die Realzinsen senken, wenn die Inflationserwartungen nicht sofort steigen. Langfristig ist der Realzins so gut wie unabhängig von der Geldpolitik. Allerdings kann eine stabilitätsorientierte und stetige Geldpolitik über eine verringerte Risikoprämie den Realzins etwas verringern.

Richtung zielt.³⁵ Der Vorschlag sieht vor, daß die Insider eine substantielle Senkung ihres Fixlohns akzeptieren, um dafür im Gegenzug eine Kapitalbeteiligung an ihrer Unternehmung in Höhe des Barwertes der verminderten Lohnzahlungen zu erhalten. Werden hingegen Outsider neu eingestellt, dann erhalten diese nur noch die verminderten Lohnzahlungen ohne Kapitalbeteiligung. Es handelt sich also faktisch um eine permanente Lohndifferenzierung, welche allerdings nicht unmittelbar als solche ersichtlich ist.

Die dadurch niedrigeren Grenzkosten für Arbeit würden die Anreize zu Neueinstellungen und Unternehmensneugründungen steigern. Im Rahmen von Abb. 3 würde der niedrigere Lohn dazu führen, daß sich sowohl die Partizipationskurve für Kapital als auch diejenige für Arbeit im Uhrzeigersinn drehen. Folglich würde die Partizipationsrestriktion für den in diesem Bereich ausschlaggebenden Faktor Kapital erst bei einem höheren Beschäftigungsniveau bindend und Arbeit würde nur noch in geringerem Umfang rationiert. Die Gründe für den Beschäftigungsanstieg sind letztlich ganz simpel. Der Tausch der Fixlohnforderung der Insider gegen eine barwertäquivalente Kapitalbeteiligung ist zunächst einmal beschäftigungsneutral. Da aber nur die Insider die Kapitalbeteiligung erhalten und Outsider nun zu den niedrigeren Fixlöhnen eingestellt werden können, wird es für die Kapitaleseite relativ zur Ausgangssituation attraktiver, Neueinstellungen vorzunehmen bzw. neue gemeinsame Produktionsstätten zu gründen. Die Unternehmungen werden die Neueinstellungen gerade so weit ausdehnen, bis der damit im Erwartungswert verbundene Gewinnzuwachs null beträgt. Insgesamt profitiert die Kapitaleseite also auf den ersten Anschein von dieser Politikmaßnahme. Alle zusätzlich eingestellten Outsider bis auf den marginalen leisten aufgrund ihres niedrigeren Fixlohns, und weil sie keine Kapitalbeteiligung erhalten, einen positiven Beitrag zur Kapitalrendite.

Auch die Insider und die zusätzlich eingestellten Outsider scheinen sich zunächst einmal besser zu stellen. Gerade die große Macht der Insider in politischen Entscheidungsprozessen verhindert ja die von Seiten der Ökonomen immer wieder geforderten umfassenden Reformen auf dem Arbeitsmarkt. Von daher ist es eine Schlüsselfrage, ob die gewerkschaftlich organisierte Gruppe der Insider von der Umsetzung dieses Vorschlags profitiert oder nicht. Deckt die Kapitalbeteiligung aber gerade den Barwert des Verzichts auf Fixlohnzahlungen ab, dann ergibt sich ein Nutzenzuwachs für die Insider aus der Wertsteigerung der Kapitalbeteiligung, welche aus der mit den Neueinstellungen verbundenen Zunahme der Unternehmensgewinne

³⁵ Vgl. Sinn (1997) und Meade (1986); Sievert (1992) plädiert für eine nicht-diskriminierende Form von allgemeinen Investivlöhnen zur Linderung der Beschäftigungsmisere in den neuen Bundesländern.

resultiert. Die Insider partizipieren also über die erlangte Kapitalbeteiligung an der mit der Beschäftigungsausweitung einhergehenden Steigerung der Kapitalrendite. Der Interessenkonflikt zwischen den Insidern und den Kapitalgeber wird somit partiell entschärft. Außerdem dürfte das Entlassungsrisiko der Insider sinken, weil im Falle von negativen Datenänderungen eher davon auszugehen ist, daß die neu eingestellten Outsider zunächst einmal freigesetzt werden. Die Gruppe der Outsider stellt sich wiederum insofern besser, als ihre Chancen steigen, in Lohn und Brot zu kommen. Neben dem statischen positiven Einkommenseffekt ist dies vor allem auch mit dynamischen Einkommenssteigerungen verbunden, welche sich durch die Möglichkeit ergeben, nun betriebspezifisches Humankapital zu bilden.

Wenn aber wirklich alle Parteien profitieren, dann stellt sich unmittelbar die Frage, warum eine solche vermeintlich Pareto-verbessernde Vereinbarung nicht schon längst getroffen worden ist. Informationsmängel kann man wohl kaum dafür verantwortlich machen. Vielmehr ergibt sich bei näherem Hinsehen, daß bei allen drei betroffenen Gruppen - Kapitalgebern, Insidern und Outsider - erhebliche Fragezeichen anzumelden sind, ob sie tatsächlich eine Nutzensteigerung erfahren. Selbst bei den Outsider ist dies unklar. Die Einkommensteigerungen, die sich durch die Aufnahme einer Beschäftigung erzielen lassen, fallen nach Senkung der Fixlöhne geringer aus. Die europäischen Arbeitsmärkte sind zwar weniger dynamisch als der amerikanische Arbeitsmarkt, dennoch ist natürlich auch hierzulande gegenwärtig die Einstellungswahrscheinlichkeit für einen Outsider nicht null. Der durch die Einführung der diskriminierenden Kapitalbeteiligung gestiegenen Einstellungswahrscheinlichkeit sind aber die dann nur noch geringeren Verdienstzuwächse im Falle einer Einstellung gegenüberzustellen. Es hängt von der Größe der relativen Effekte und damit letztlich von der Reallohnelastizität der Arbeitsnachfrage ab, welcher Effekt überwiegt. Je elastischer die Arbeitsnachfrage ist, desto eher werden sich die Outsider durch die Einführung einer diskriminierenden Kapitalbeteiligung besser stellen. Die Reallohnelastizität der Arbeitsnachfrage hängt aber wiederum entscheidend vom zeitlichen Horizont ab. Während kurzfristig die Arbeitsnachfrage kaum auf Veränderungen der Reallöhne reagiert, ist sie langfristig gerade im Zeitalter globaler Märkte sehr hoch. Dies bedeutet, daß die Outsider dieser Maßnahme um so eher zustimmen werden, je niedriger ihre Diskontrate ausfällt.

Auch bei der im politischen Entscheidungsprozeß in der Regel ausschlaggebenden Gruppe der gewerkschaftlich organisierten Insider ist es keineswegs ausgemachte Sache, daß sie diesem

Arrangement zustimmt. Erstens würde durch die permanente Diskriminierung innerhalb der Arbeitnehmerschaft deren Heterogenität steigen, so daß die gewerkschaftliche Organisierbarkeit leiden würde. Während die Insider zumindest partiell übereinstimmende Interessen mit der Kapitaleseite bekämen, wäre dies bei den neueingestellten Outsidern nicht der Fall. Zweitens würde ein Teil der Entlohnung faktisch dezentralisiert, weil der Wert der Kapitalbeteiligung stark von der Entwicklung der jeweiligen Unternehmung abhinge. Die Gewerkschaften sperren sich aber schon jetzt gegen weitaus weniger weitgehende Formen dezentraler Lohnfindung.³⁶ Drittens würden die Leistungen der Arbeitslosenversicherung sicherlich weiterhin an den zuvor gezahlten Fixlohn gekoppelt. Da auch die Einführung der diskriminierenden Kapitalbeteiligung das Arbeitsplatzrisiko für die Insider nicht vollständig beseitigen kann, würden folglich die dann niedrigeren Transferzahlungen im Falle einer Entlassung den Erwartungswert der zukünftigen Einkommenströme senken. Viertens ist davon auszugehen, daß Arbeitnehmer risikoavers sind. Wertpapiere wie etwa Aktien unterliegen aber weitaus größeren Schwankungen als Löhne. Da risikoaverse Wirtschaftssubjekte aber sicheren Zahlungsströmen einen höheren subjektiven Wert beimessen als unsicheren, wird die Bewertung der entsprechenden Wertpapiere durch die Insider von derjenigen des Marktes nach unten abweichen. Die nach wie vor gerade im Vergleich etwa zu den USA sehr geringe Quote an Aktien in Arbeitnehmerhand unterstreicht die Relevanz dieses Punktes hierzulande.³⁷

Das gewichtigste Problem ist aber fünftens die mit einem solchen Weg verbundene Risikoakkumulation für die Insider.³⁸ Die Insider halten schon mit dem betriebsspezifischen Teil ihres Humankapitals einen beträchtlichen Prozentsatz ihres Vermögens in der sie beschäftigenden Unternehmung. Der Wert des Humankapitals hängt aber maßgeblich vom Wohlergehen ihrer Unternehmung ab, weil eben aufgrund der Existenz von spezifischen Quasirenten in der nächstbesten Beschäftigungsalternative in der Regel nur ein deutlich geringeres Einkommen zu erzielen ist. Vor allem unfreiwillige Arbeitsplatzwechsel führen meist zu deutlichen Einkommenseinbußen. Da die Insider ihre Einkommensrisiken aber diversifizieren wollen, ist es für sie suboptimal, auch noch zusätzlich einen erheblichen Teil ihres Finanzkapitals in der betreffenden Unternehmung zu halten. Eine solche Anlagestrategie steht im eklatanten Widerspruch zu den Ergebnissen der Portfoliotheorie, wonach man bei Abwesenheit von systematischen Informationsvorteilen gegenüber dem Markt einen Bruchteil des Weltmarktportfolios

³⁶ Vgl. Berthold und Fehn (1996a).

³⁷ Vgl. Gerke (1996) und Wenger (1996).

³⁸ Vgl. Schares (1996) und Michaelis und Spermann (1993).

halten sollte. Folglich werden die Insider den Wert der Beteiligungsrechte an ihrer Unternehmung unterhalb des Marktwertes ansetzen und diese möglichst schnell verkaufen wollen. Ex post liegt somit deren Wert aus Sicht der Insider auf jeden Fall deutlich unter deren Marktwert ex ante. Entweder müssen sie aufgrund einer Sperrfrist die Wertpapiere für längere Zeit halten, so daß es zu einer suboptimalen Kumulation von Risiken kommt, oder sie dürfen diese sofort abstoßen, was über den dann entstehenden Verkaufsdruck zu einem Wertverfall führt.

Die Insider werden deshalb einem solchen Arrangement allenfalls dann zustimmen, wenn der ex ante Marktwert der Anteile an der Unternehmung deutlich über dem Barwert der entgangenen Lohnzahlungen liegt und sie zusätzliche Mitspracherechte bei der Unternehmensleitung zugestanden bekommen. Alternativ werden sie Anteile nicht nur an ihrer Unternehmung, sondern an einem Fonds fordern, der sein Kapital in einer Vielzahl von Unternehmungen investiert. Letzteres würde helfen, die Einkommensrisiken der Insider stärker zu diversifizieren. Dieser Weg wird außerdem von Gewerkschaftsseite favorisiert, weil diese dann bei der Verwaltung der Fondsgelder als Vertreter der Arbeitnehmerinteressen nahezu zwangsläufig ein erhebliches Mitspracherecht erhielten und somit ein Instrument an die Hand bekämen, Investitionen in die von ihnen gewünschte Richtung direkt zu lenken. Damit wird aber auch klar, warum es beinahe unmöglich ist, eine solche diskriminierende Kapitalbeteiligung so zu konstruieren, daß Insider und Unternehmungen davon gleichermaßen profitieren. Die Kapitaleseite muß nicht nur damit rechnen, einen aus ihrer Sicht zu hohen Anteil an der Unternehmung für den Lohnverzicht einzutauschen, sondern auch, daß sie einen erheblichen Teil ihrer Leitungsbefugnisse verliert. Darüber hinaus würden die Gewerkschaften im Falle einer überbetrieblichen Fondslösung über die Mitspracherechte bei zukünftigen Investitionsentscheidungen deutlich an Macht gewinnen. Gerade die weitere Ausdehnung von Mitspracherechten von Arbeitnehmern und Gewerkschaften bei unternehmerischen Entscheidungen kann aber nicht im Sinne der Kapitaleseite liegen, weil es ohne Frage zu erheblichen Verzerrungen in der Kapitalallokation käme und somit die Kapitalrendite dauerhaft sinken würde. Folgerichtig setzen sich die Unternehmungen vehement insbesondere gegen jegliche solche Fondslösungen zur Wehr.

Es ist aus der Sicht einer einzelnen Unternehmung aber auch aus einem weiteren Grund nicht rational, einen solchen Tausch vorzuschlagen. Die Insider müßten bei einem Wechsel der Unternehmung ihre Kapitalanteile behalten dürfen, weil sie ansonsten aufgrund des Knebe-

lungseffektes einer solchen Lösung von vornherein nicht zustimmen würden. Wenn aber nicht alle Unternehmungen gleichzeitig diesen Weg einschlagen, bedeutet dies, daß sich die an einem solchen Tauschgeschäft beteiligenden Unternehmungen Gefahr laufen, ausgerechnet ihre besten Mitarbeiter zu verlieren. Diese könnten zu Unternehmungen abwandern, die kein solches Arrangement eingeführt haben und deshalb bereit sind, höhere Fixlöhne zu zahlen.³⁹ Ist der Wert der Kapitalanteile höher als der Verlust betriebsspezifischen Humankapitals bei einem Wechsel der Unternehmung, dann erzielt der sich so verhaltende Insider einen Einkommenszuwachs. Die betreffende Unternehmung verliert hingegen vor allem deshalb, weil Outsider gerade die besten Insider nicht ohne weiteres ersetzen können und die Unternehmungen bei einer Neueinstellung von Outsidern erneut den Großteil der Kosten für den Aufbau des betriebsspezifischen Humankapitals zu tragen hätte. Ein solches Tauschgeschäft wäre also allenfalls dann stabil, wenn sich letztlich alle Unternehmungen daran beteiligen würden. Dies ist aber ohne staatliche Intervention, die schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich ist, so gut wie ausgeschlossen.

Mit dem Aufbau des betriebsspezifischen Humankapitals der neu einzustellenden Outsider ist aber auch das wohl entscheidende Argument aufgeworfen, welches aus Sicht der Unternehmungen dagegen spricht, im Rahmen eines solchen Arrangements die Beschäftigung auszuweiten. So lange sich nichts an den insbesondere durch die politischen Entscheidungsträger gesetzten Rahmenbedingungen ändert, bleibt das Potential der neu eingestellten Outsider unverändert, sich ex post opportunistisch zu verhalten. Das heißt, sie werden, vor allem nachdem die Unternehmung den Aufbau ihres betriebsspezifischen Humankapitals vorfinanziert hat, ihre Entlohnungsforderungen wie gehabt gerade so weit hochschrauben, daß Kapital die gemeinsame Produktionsbeziehung nicht auflöst. Das fundamentale Zeitinkonsistenzproblem in der Beziehung zwischen den Unternehmungen und den Outsidern, die eben nicht glaubwürdig zusichern können, dauerhaft mit vollem Einsatz für einen geringeren Lohn zu arbeiten, wird also durch ein solches Tauschgeschäft keineswegs grundsätzlich gelöst, sondern es verschwindet lediglich per Annahme. Die Einführung einer diskriminierenden Kapitalbeteiligung leistet somit im Rahmen des Referenzmodells, in dem ein dauerhaft segmentierter Arbeitsmarkt auf spezifische Quasirenten in der Produktionsbeziehung bei nicht perfekt durchsetzba-

³⁹ Ein Gegeneffekt könnte allerdings dadurch entstehen, daß möglicherweise vor allem zukunftssträchtige Unternehmungen Investivlöhne einführen, und die Insider daher aufgrund der zu erwartenden überdurchschnittlichen zukünftigen Einkommenszuwächse nicht abwandern.

ren Verträgen zurückzuführen ist, keinen Beitrag zu einer verringerten Rationierung des Produktionsfaktors Arbeit.

Es kann daher insgesamt nicht verwundern, daß ein Geschäft Lohnverzicht im Tausch gegen Kapitalbeteiligung in der Realität meist nur dann zu beobachten ist, wenn der Staat ein solches Vorgehen in erheblichem Umfang subventioniert. Genau dies ist jedoch in etwas abgewandelter Form in Deutschland bereits der Fall. Pensionsrückstellungen der Unternehmungen kommen dem vorgeschlagenen Tausch sehr nahe, weil sie ebenfalls eine Art Kapitalbeteiligung für die Insider darstellen und die Unternehmungen ohne die betrieblichen Pensionszusagen höhere Löhne zahlen würden. Betriebliche Pensionszusagen in Verbindung mit den damit verbundenen Pensionsrückstellungen sind aber neben positiven Liquiditätseffekten für die Unternehmungen vor allem wegen Steuerstundungs- und Steuerspareffekten für beide Vertragsparteien äußerst attraktiv. Letztlich gelingt es Unternehmungen und Insidern, sich zu Lasten der Gemeinschaft der Steuerzahler zu bereichern. Schlimmer noch, der Vorteil ist um so gewichtiger, je älter und je größer eine Unternehmung ist, so daß der strukturelle Wandel systematisch gebremst wird. Neueintritte von jungen Unternehmungen werden doppelt erschwert. Alte Unternehmungen haben dadurch zum einen den Vorteil, daß sie über erhebliche stille Reserven verfügen, die keiner effektiven Kontrolle unterliegen. Zum anderen werden dem Kapitalmarkt systematisch Mittel entzogen, was vor allem junge Unternehmungen nachteilig betrifft, weil sie in besonderem Maß auf externe Finanzierung und insbesondere Risikokapital angewiesen sind.⁴⁰

D. Schlußbemerkungen

Scheinbar schmerzlose Rezepte wie der Vorschlag, eine diskriminierende Kapitalbeteiligung im Tausch gegen dauerhafte Lohnsenkungen einzuführen, helfen im Ergebnis im Kampf gegen die Beschäftigungsmisere nicht wirklich weiter. Aus ordnungspolitischer Sicht wäre es sogar höchst problematisch zu versuchen, das Wettbewerbsprinzip zugunsten derartiger „Bestechungsversuche“ aufzugeben. Faktisch würde die dann gewährte Kapitalbeteiligung nur die endgültige Anerkennung vergangener „rent seeking“-Aktivitäten der Insider darstellen. Ihre durch politische Eingriffe in die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes gewonnene

⁴⁰ Vgl. Fehn (1998).

Fähigkeit, Reallohnanpassungen an die Markterfordernisse abzublocken, würde durch die gewährte Kapitalbeteiligung endgültig belohnt. Dies würde natürlich den Anreiz erhöhen, zukünftige „rent seeking“-Aktivitäten eher noch zu steigern als zu senken. Darüber hinaus ist bei einer Kapitalbeteiligung auf der betrieblichen Ebene damit zu rechnen, daß die politischen Entscheidungsträger noch mehr als bislang schon versucht sind, die Liquidation unrentabler Unternehmungen mit Hilfe von Subventionen hinauszuzögern. Ging es in solchen Fällen bislang lediglich um die Arbeitsplätze, würden bei einer solchen Lösung die Arbeitnehmer ihr in der Unternehmung gebundenes Kapital verlieren. Die sozialen Konsequenzen von Bankrottfällen wären also noch gravierender und die vorangegangenen Lohnzugeständnisse der Insider wären im nachhinein wertlos.

Die durch politisch verursachte Quasirenten entstehende Beschäftigungsmisere läßt sich nur lösen, wenn man das Problem an den Wurzeln anpackt. Der direkte Weg besteht darin, alle wirtschaftspolitischen Eingriffe zugunsten der Insider auf den Prüfstand zu stellen und zugunsten von mehr Wettbewerb zu reformieren. Dies betrifft in erster Linie den Arbeitsmarkt, und zwar den Bestandsschutz für die Insider, die gerade im Rahmen von zentral organisierten Tarifverhandlungen nach wie vor große Macht der Gewerkschaften, die Ausgestaltung der Transferzahlungen an Arbeitslose, die Ausgestaltung des Steuer- und Abgabensystems sowie die aktive Arbeitsmarktpolitik.⁴¹ In zweiter Linie geht es aber auch um den Kapitalmarkt und eng damit zusammenhängend um den Markt für Unternehmenskontrolle. Eine engere Überwachung des Managements durch den Kapitalmarkt würde die Bereitschaft der Kapitalseite, in gemeinsame Produktionsbeziehungen einzutreten, deutlich erhöhen. Negative Beschäftigungseffekte würden also zumindest von dieser Seite her abgebaut. Die vergangenen Jahre haben aber recht eindrucksvoll gezeigt, wie schwierig es ist, einen solchen unmittelbar gegen die Interessen der jeweiligen Insider gerichteten wirtschaftspolitischen Kurs tatsächlich im politischen Entscheidungsprozeß durchzusetzen. Setzen die positiven Beschäftigungseffekte nicht schnell genug ein, dann ist mit dem Verlust der Regierungsmacht zu rechnen.⁴²

Von daher bietet es sich an, zumindest auch auf indirekte Wege zu setzen. Das Modell hat gezeigt, daß die Sklerose des Arbeitsmarktes insbesondere auf einem zu geringen Anreiz beruht, als junge Unternehmung in den Markt einzutreten. Der Abbau der Marktmacht der Insider hängt aber ganz entscheidend davon ab, daß der von jungen Unternehmen ausgehende

⁴¹ Vgl. Fehn (1997).

⁴² Vgl. Berthold und Fehn (1996b).

Wettbewerbsdruck verschärft wird. Je besser es gelingt, einen dynamischen Markt für Unternehmensneugründungen zu etablieren, desto elastischer wird die Arbeitsnachfrage und desto geringer ist das ex post Ausbeutungspotential der Insider. Neben überhöhten Lohn- und Bürokratiekosten sowie überregulierten Gütermärkten ist der Grund für die gerade im Vergleich zu den USA relativ geringe Quote an erfolgreichen Unternehmensneugründungen auch in einem nach wie vor unterentwickelten und von der Struktur her problematischen Risikokapitalmarkt zu sehen.

Das Wachstum des Risikokapitalmarktes wird hierzulande systematisch durch die große Bedeutung der gesetzlichen Rentenversicherung sowie durch die massiven Steuersubventionen für Betriebsrenten behindert.⁴³ Reformen in Richtung einer stärkeren Einbindung des regulären Kapitalmarktes bei der Alterssicherung würden also über ein größeres Volumen des Risikokapitalmarktes und dadurch erleichterten Marktzutritt für junge Unternehmungen positive Beschäftigungseffekte nach sich ziehen. Außerdem würden die Verteilungskonflikte zwischen der Kapital- und der Arbeitnehmerseite durch die verstärkte Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand entschärft, ohne das Problem der Risikoakkumulation für die Arbeitnehmer bei rein unternehmensbezogenen Lösungen in Kauf nehmen zu müssen. Die dann entstehenden Pensionsfonds könnten darüber hinaus helfen, die bisher hierzulande zu beobachtende Dominanz der Banken und des Staates als Anbieter von Risikokapital zu brechen und somit für wettbewerbslichere Strukturen auf dem Markt für Risikokapital zu sorgen. Ohne eine derartige Berücksichtigung der Interdependenz der Marktstrukturen wird man im Ergebnis aber kaum einen Durchbruch in der Beschäftigungspolitik erzielen.

⁴³ Vgl. Fehn (1999).

Literatur

- Alogoskoufis, G. u. a. (1995), Unemployment: Choices for Europe, CEPR Report: Monitoring European Integration 5, London.
- Bentilola, S. und G. Bertola (1990), Firing Costs and Labour Demand: How Bad is Euroscle-
rosis? Review of Economic Studies 57, 381 - 402.
- Bentilola, S. und G. Sain-Paul (1998), Explaining Movements in the Labour Share, CEPR
Discussion Paper 1958.
- Berthold, N. und R. Fehn (1995), Arbeitsmarkttheorie, in: Berthold, N. (Hrsg.): Allgemeine
Wirtschaftstheorie, München , 187 - 209.
- Berthold, N. und R. Fehn (1996a), Evolution von Lohnverhandlungssystemen - Macht oder
ökonomisches Gesetz? in: Zohnhöfer, W. (Hrsg.), Die Tarifautonomie auf dem Prüf-
stand, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Band 244, Berlin, 57 - 94.
- Berthold, N. und R. Fehn (1996b), The Positive Economics of Unemployment and Labor
Market Inflexibility, Kyklos 49, 583 - 613.
- Berthold, N. und R. Fehn (1997), Das Beschäftigungspotential einer flexibleren qualifikatori-
schen Lohnstruktur, in: Sadowski, D. und M. Schneider (Hrsg.), Vorschläge zu einer
neuen Lohnpolitik: Optionen für mehr Beschäftigung I, Frankfurt am Main und New
York, 71 - 99.
- Berthold, N., Fehn, R. und E. Thode (1998), Fallende Lohnquote und steigende Arbeitslosig-
keit: Ist das „Ende der Bescheidenheit“ die Lösung?, Wirtschaftsdienst, 78. Jahrgang,
Heft 12, 736 - 742.
- Bertola, G. und A. Ichino (1995), Wage Inequality and Unemployment: United States versus
Europe, in: Bernanke, B. S. und J. J. Rotemberg (Hrsg.), NBER Macroeconomics An-
nual 1995, Cambridge, MA, 13 - 54.
- Blanchard, O. (1995), Macroeconomic Implications of Shifts in the Relative Demand for
Skills, Economic Policy Review of the Federal Reserve Bank of New York 1, 48 - 60.
- Blanchard, O. (1997), The Medium Run, Brookings Papers on Economic Activity, 89 - 158.
- Blanchard, O. (1998), Revisiting European Unemployment: Unemployment, Capital Accumu-
lation and Factor Prices, NBER Working Paper 6566.
- Blanchard, O. (1999), European Unemployment: The Role of Shocks and Institutions, mimeo.
- Bruno, M. und J. Sachs (1985), Economics of Worldwide Stagflation, Oxford.
- Caballero, R. (1997), Aggregate Investment, NBER Working Paper 6264.
- Caballero, R. und M. Hammour (1997), Jobless Growth: Appropriability, Factor Substitution,
and Unemployment, NBER Working Paper 6221.
- Caballero, R. und M. Hammour (1998a), The Macroeconomics of Specificity, Journal of Po-
litical Economy 106, 724 - 767.
- Caballero, R. und M. Hammour (1998b), Improper Churn: Social Costs and Macroeconomic
Consequences, NBER Working Paper 6717.
- Cabrales, A. und H. Hopenhayn (1997), Labor-Market Flexibility and Aggregate Employment
Volatility, Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy 46, 189 - 228.
- Cooper, R. (1996), Foreign Trade, Wages, and Unemployment, in: Giersch, H. (Hrsg.),
Fighting Europe's Unemployment in the 1990s, Symposium of the Egon Sohmen Foun-
dation, Berlin u. a., 93 - 117.
- Di Tella, R. und R. MacCulloch (1998), The Consequences of Labour Market Flexibility:
Panel Evidence Based on Survey Data, mimeo.
- Fehn, R. (1997), Der strukturell bedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa: Ursachen und Lö-
sungsansätze, Baden-Baden.

- Fehn, R. (1998), Capital Market Imperfections, Greater Volatilities, and Rising Unemployment: Does Venture Capital Help?, Diskussionspapier Nr. 24, Lehrstuhl VWL 4, Universität Würzburg.
- Fehn, R. (1999), Schaffen Pensionsfonds über vollkommeneren Kapitalmärkte mehr Beschäftigung?, in: Koslowski, P. (Hrsg.), Shareholder Value und die Kriterien des Unternehmenserfolgs. Kapitalrechnung und gesellschaftliche Entwicklung, Heidelberg, 73 - 108.
- Gerke, W. (1996), Venture Capital in Germany, in: Venture Capital and Innovation, OECD Working Papers 4 (98), 90 - 93.
- Gordon, R. (1995), Is There a Trade-Off Between Unemployment and Productivity Growth, CEPR Discussion Paper 1159.
- Jackman, R. (1995), Unemployment and Wage Inequality in OECD Countries, Centre for Economic Performance, Discussion Paper 235, LSE, London.
- Krueger, A. und S. Pischke (1997), Observations and Conjectures on the U.S. Employment Miracle, NBER Working Paper 6146, Cambridge MA.
- Krugman, P. (1994), Past and Prospective Causes of High Unemployment, in: Federal Reserve Bank of Kansas City (Hrsg.), Reducing Unemployment: Current Issues and Policy Options, Jackson Hole, Wyoming, 49 - 80.
- Lindbeck, A. und D. Snower (1995), Restructuring Production and Work, CEPR Discussion Paper 1323.
- Lindbeck, A. und D. Snower (1998), The Division of Labour Within Firms, CEPR Discussion Paper 1825.
- Meade, J. (1986), Different Forms of the Share Economy, London.
- Michaelis, J. und A. Spermann (1993), Der Investivlohn, WiSt, Band 22, Heft 5, 223 - 228.
- Modigliani, F. u. a. (1998), An Economists' Manifesto on Unemployment, Quarterly Review, Banca Nazionale del Lavoro 51 (206), 327 - 361.
- Nickell, S. und B. Bell (1995), The Collapse in Demand for the Unskilled and Unemployment Across OECD Countries, Oxford Review of Economic Policy 11, 40 - 62.
- OECD (1996), Statistical Compendium, Paris.
- OECD (1998), Economic Outlook, Nr. 63, Paris.
- Paqué, K. H. (1994), Unemployment and the Crisis of the German Model. A Long-Term Interpretation, Working Paper No. 655, Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Schares, C. (1996), Lohnform und Arbeitslosigkeit, Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik, Band 103, Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln.
- Schröder, J. und U. van Suntum (1998), Internationales Beschäftigungs-Ranking 1998, Gütersloh.
- Siebert, H. (1997), Labor Market Rigidities - At the Root of Unemployment in Europe, Journal of Economic Perspectives 11, 37 - 54.
- Sievert, O. (1992), Für Investivlöhne. Plädoyer für ein vernachlässigtes Konzept. Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung, Bad Homburg.
- Sinn, H. W. (1997), Kapitalbeteiligung und Lohndifferenzierung: ein Vorschlag zur Lösung der Beschäftigungskrise, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsvorschung, 30. Jahrgang, Heft 4, 822 - 827.
- Wenger, E. (1996), Kapitalmarktrecht als Resultat deformierter Anreizstrukturen, in: Sadowski, D., Czap, H. und H. Wächter (Hrsg.), Regulierung und Unternehmenspolitik, Wiesbaden, 419 - 458.
- Wenger, E. und C. Kaserer (1998), German Banks and Corporate Governance - A Critical Review, in: Hopt, K. J. u.a. (Hrsg.), Comparative Corporate Governance - The State of the Art and Emerging Research, Oxford, 499 - 536.

Seit 1997 erschienen:

Nr. 10 Gibt es in einer Europäischen Währungsunion mehr sichere Arbeitsplätze?

von Norbert Berthold, 1997

erschienen in: Willeke, Franz-Ulrich (Hrsg.): *Die Zukunft der D-Mark - eine Streitschrift zur Europäischen Währungsunion*, Landsberg am Lech, Olzog, 1997, S. 141-172

Nr. 11 Regionalismus und Multinationale Unternehmungen: Wird der Protektion Einhalt geboten?

von Norbert Berthold und Martín Donges, 1997

erschienen in: Berthold, Norbert und Bernhard Speyer (Hrsg.): *Vergessene Dimensionen der Außenwirtschaft: Raum, technischer Fortschritt und Entwicklung*, Festschrift für Detlef Lorenz, Berlin, Duncker & Humblot, 1997, S. 41-77

Nr. 12 Arbeitsmarktbeziehungen zwischen wirtschafts- und tarifpolitischer Regulierung - Durchschlägt die Europäische Währungsunion den gordischen Knoten?

von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 1997

erschienen in: Cassel, Dieter (Hrsg.): *50 Jahre Soziale Marktwirtschaft: Ordnungstheoretische Grundlagen, Realisierungsprobleme und Zukunftsperspektiven einer wirtschaftspolitischen Konzeption*, Stuttgart, Lucius&Lucius, 1998, S. 457-490

Nr. 13 Aktive Arbeitsmarktpolitik - wirksames Instrument der Beschäftigungspolitik oder politische Beruhigungspille?

von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 1997

erschienen in: *Ordo*, Bd. 48 (1997), Stuttgart, S. 411-435

Nr. 14 Die Europäische Währungsunion: ein weiterer Schock für Europa?

von Norbert Berthold, 1997

erschieden in: Mayer, Otto G. und Hans-Eckart Scharer (Hrsg.): *Schocks und Schockverarbeitung in der Europäischen Währungsunion*, Baden-Baden, Nomos, 1997, S. 11-44

**Nr. 15 Globalisierung, demographische Schocks und Protektionismus -
Was bleibt vom Sozialstaat?**

von Norbert Berthold, 1997

erschieden in: Seel, Barbara (Hrsg.): *Sicherungssysteme in einer alternden Gesellschaft*, Frankfurt/ New York, Campus, 1998, S. 15-44

**Nr. 16 Unvollkommene Kapitalmärkte und strukturelle Arbeitslosigkeit:
Schaffen Pensionsfonds Abhilfe?**

von Rainer Fehn, 1998

erschieden unter dem Titel „Schaffen Pensionsfonds über vollkommenere Kapitalmärkte mehr Beschäftigung?“ in: Koslowski, P. (ed.), *Shareholder Value und die Kriterien des Unternehmenserfolgs. Kapitalrechnung und gesellschaftliche Entwicklung*, Heidelberg, 1999, S. 73-108

**Nr. 17 Globalisierung - Drohendes Unheil oder schöpferische Kraft für den
Sozialstaat?**

von Norbert Berthold und Eric Thode, 1998

erschieden in: Knappe, Eckhart und Norbert Berthold (Hrsg.): *Ökonomische Theorie der Sozialpolitik*, Heidelberg, Physica, 1998, S. 319-360

Nr. 18 Endzeit der Flächentarife?

von Norbert Berthold, 1998

Nr. 19 Does EMU Promote Labor-Market Reforms?

von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 1998

erschieden in: *Kyklos*, Vol. 51 (1998), Fasc. 4, S. 509-536

Nr. 20 Sozialstandards unter globalem Druck: Erhalten, senken, erhöhen?

von Norbert Berthold und Jörg Hilpert, 1998

erschienen in: Berg, Hartmut (Hrsg.): *Globalisierung der Wirtschaft:*

Ursachen - Formen - Konsequenzen, Schriften des Vereins für Socialpolitik,

N.F. Bd. 263, Berlin, Duncker & Humblodt, 1999, S. 127-156

Nr. 21 Die zehn Gebote der Arbeitsmarktpolitik

von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 1998

erschienen in: Klemmer, Paul, Dorothee Becker-Soest und Rüdiger Wink

(Hrsg.): *Liberale Grundrisse einer zukunftsfähigen Gesellschaft*, Baden-

Baden: Nomos, 1998, S. 353-372

Nr. 22 Real Wage Rigidities, Fiscal Policy, and the Stability of EMU in the Transition Phase

von Norbert Berthold, Rainer Fehn und Eric Thode, 1998

Nr. 23 Europa auf dem Weg ins 21. Jahrhundert - Die Perspektive Westeuropas

von Norbert Berthold, 1998

Nr. 24 Capital Market Imperfections, Greater Volatilities, and Rising Unemployment: Does Venture Capital Help?

von Rainer Fehn, 1998

Nr. 25 Der Föderalismus und die Arbeitslosigkeit: Eine vernachlässigte Beziehung

von Norbert Berthold, 1998

erschienen in: *List Forum* für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bd. 24 (1998),

H. 4, S. 345-366